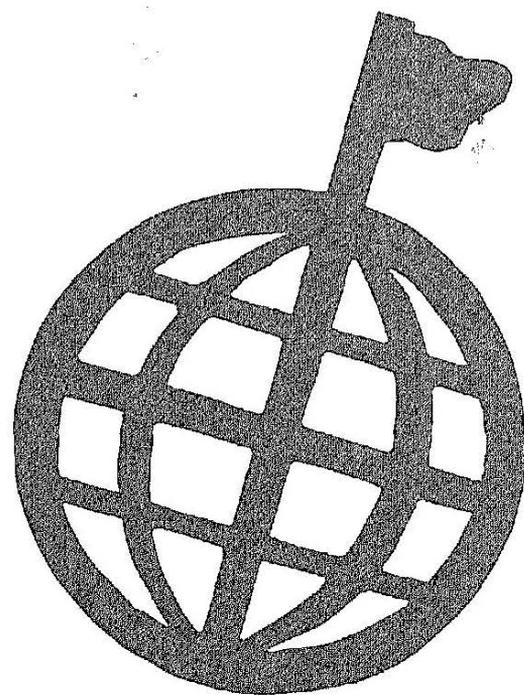


ROTER



GLOBUS

**Zeitschrift für politische
und ökonomische Geographie**

INHALT

Zur politischen Einordnung des Roten Globus

Erwägungen zur Bedeutung der Natur sowie der Raum- und Zeit-
momente

Rezension

Geographie und Gesellschaft 3.Teil

Schulbuchanalyse: Erdkundebücher

Sozialgeographische Probleme des Raumes Rhodesien, Malawi,
Mocambique

Zur Problematik zwischenstaatlicher Arbeiterwanderungen

DM 3.—

3

ROTER GLOBUS - Zeitschrift für politische und ökonomische
Geographie Nr.3 März 1972 - 1.Auflage -

Inhalt:	Seite:
Redaktionskollektiv - Zur politischen Einordnung des Roten Globus	1
U.Heidt Erwägungen zur Bedeutung der Natur sowie der Raum- und Zeitmomente	9
N.Klüsche Rezension	14
K.Deigmann Geographie und Gesellschaft 3.Teil	16
Redaktionskollektiv - Schulbuchanalyse: Erdkundebücher	22
U.Heidt, G.Schröder, U.Weyl - Sozialgeographische Probleme des Raumes Rhodesien, Malawi, Mocambique	30
A.Bös Zur Problematik zwischenstaatlicher Arbeiter- wanderungen	68

Der ROTE GLOBUS erscheint im Selbstverlag. Eventuelle Überschüsse
werden nicht privat angeeignet sondern fließen politischen
Projekten zu.

Redaktionskollektiv (verantwortlich):

Angelika Bös, Klaus Deigmann, Ricarda Disch, Arndt Thomas
unter Mitarbeit von:

Wolfgang Plucinski (z.Z.Glasgow) und Wolfgang Stiebritz
sowie weiteren Mitgliedern der Gruppe "ROTER GLOBUS"

Bankverbindung:

Dresdener Bank, Marburg/Lahn Kto.Nr. 9 233 787
"Sonderkonto ROTER GLOBUS"

Anschrift der Redaktion:

Arndt Thomas
355 Marburg/Lahn
Weidenhäuserstr.60

ZUR POLITISCHEN EINORDNUNG DES 'ROTEN GLOBUS'. 1)

1.) Wie aus der Geschichte der Geographie eindeutig hervorgeht, war sie nie wertfrei, neutral und von der Gesellschaft enthoben, auf der sie selbst wuchs und deren räumliche Erscheinungen sie reflektierte. Hinzu tritt die Tatsache, daß die gesellschaftlichen Positionen der Geographen und damit ihre Ansichten und Vorstellungen gerade von dieser Gesellschaft geprägt wurden. Und so diente Geographie schon immer - wenn auch in wechselnder Stärke - den wirtschaftlichen, zumindest aber ideologisch den Interessen der jeweilig Herrschenden, also-seit ihrem Bestehen als Wissenschaft - der Bourgeoisie.

So war es bei jenen enzyklopädischen Wirtschaftskompendien, die zur Zeit des "klassischen" Imperialismus den "Unternehmern" und Kaufleuten Informationen über überseeische Ressourcen lieferten, sowie bei jenen rassistischen Konstruktionen von der klima- etc.-bedingten Minderwertigkeit und Faulheit der Arbeitskräfte, die man auszubeuten trachtete und trachtet, wodurch man in Form der "Zivilisierung und Europäisierung"- jener "Bürde des weißen Mannes" - eine "legitimation" zur Ausplünderung überseeischer - und nicht nur dieser - Länder fand.

So war es, als bürgerliche Geographen in ihren geopolitischen Arbeiten - und zwar nicht nur in den als solchen formal ausgewiesenen - zur theoretischen Avantgarde des Nationalsozialismus wurden, und - mit malthusianistischen Aspekten gepaart - für eine Erweiterung des "deutschen Lebensraumes" plädierten, sowie "geographisch unnatürliche Grenzen" in ihren Kriegs- und Militärgeographien "nachwiesen".

1) Der erste Teil dieser vorläufigen Einschätzung ist eine Stellungnahme, die wir fast genau vor einem Jahr auf dem 38. Geographen-tag in Erlangen/Nürnberg abgegeben haben. Da diese nur einzelnen bisher zugänglichen, wollen wir sie im ursprünglichen Wortlaut breiteren Kreisen der Studentenschaft zugänglich machen. Damit wollen wir mit der Einlösung unseres Versprechens beginnen und diese Stellungnahme um eine Einschätzung sozialistischer Politik der Studentenbewegung im Allgemeinen und für den Bereich der Geographie im besonderen zu verlängern. Dies ist deshalb besonders wichtig, weil schon diese Stellungnahme von den in Erlangen versammelten Studenten akzeptiert und ihre Verteilung dem Fachverbandsvorstand übertragen wurde, mit der Intention damit ein Neuüberdenken der politischen Einordnung sowie eventuelle Neukonstituierung des studentischen Fachverbandes einzuleiten.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß es sich hierbei lediglich um Diskussionsmaterial handelt und insofern nur einige allgemeine, eventuell noch zu korrigierende, Leitlinien sind, von denen allerdings wir einstweilen ausgehen.

So ist es heute - und dies zeigte der 38. Deutsche Geographentag -, wo , nach zunehmender Aufgabe eines - subjektiven Auslegungen zugänglichen - neodeterministischen Landschaftskonzepts, das für eine direkt wirtschaftliche Verwendung relativ ungeeignet war, der Anschluß an die Bedürfnisse des Monopolkapitals mit der neuen, raumplanenden Sozialgeographie gefunden wurde. Wiederum geht Geographie mit den Interessen der Herrschenden eine enge Symbiose ein. Dies zeigt sich in der Zusammenarbeit mit dem Firmenmanagement und ebenso bei bei dem Curriculum - Projekt, wo, noch bevor Lernziele und Perspektiven klar waren, bereits Verlage und die Staatsbürokratie auf den Plan treten. Eine Staatsbürokratie, die keineswegs jeweils eine neutrale, die Interessen aller Klassen und Schichten - auch nicht irgendwelchen pluralistisch gedachten Interessengruppen - gleichermaßen vertretende Institution war - Gemeinvorstellung aller bürgerlichen Geographen bis auf den heutigen Tag -, sondern eine besondere öffentliche Gewalt, die die Aufgabe hat, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht nur militärisch und administrativ abzusichern, sondern neuerlich auch planerisch gestaltend in den Wirtschaftsprozeß einzugreifen. Hinzu tritt die ideologische Absicherung, wenn, -wie auch auf diesem Geographentag - z.B. Unterentwicklung nicht als Ergebnis der über- vorteilenden ökonomischen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrienationen und den "unterentwickelten Ländern " mit seinen Folgerscheinungen, wie Deformation der Wirtschaft, "Bevölkerungsexplosion", Raub von Ressourcen, Ausbeutung und Vernichtung von Arbeitskräften und der Degradierung zu, auf Monokultur ausgerichteten Rohstoffproduzenten, die dem Diktat sich verschlechternden Terms of Trade des Weltmarkts unterliegen, mit dem Ergebnis von Reichtum auf der einen, und Armut auf der anderen Seite gesehen wird, sondern als Produkt endogener Faktoren !

Eine Ausrichtung der Geographie auf die Praxis ist zweifellos richtig und notwendig. Die Geographie muß - wie jede Wissenschaft - nach einem allgemeinen Verständnis von der Gesellschaft in ihren Grundzügen, ihr Material der Praxis entnehmend, dies verallgemeinern und schließlich wieder an der Praxis überprüfen. Die Geschichte der Geographie zeigt aber eindringlich, daß es nicht gleichgültig ist, für wen Geographie betrieben wird. So muß jede Wissenschaft auf den Nutzen und die fortschrittliche Entwicklung einer Gesellschaft gerichtet sein, deren Strukturen und Organisationen ausbeutungsfreie Verhältnisse zulassen.

Geographie hat also planerische Praxis zu entwickeln und das Instrumentarium bereitzustellen, mit dessen Hilfe ein Beitrag zu einer an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen orientierten, ökonomisch, aber auch kulturell etc. optimalen Territorialstruktur geleistet werden kann. Dies ist unter kapitalistischen Verhältnissen nicht möglich, denn hier bilden sich die territorialen Strukturen nicht nach gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen und geplant, sondern nach den Profitinteressen einzelner Kapitalisten und spontan. Auf diese Weise kann man jedoch der sich gesetzmäßig verschärfenden Probleme des Verhältnisses von Stadt und Land, Umweltschutz, etc. nicht Herr werden.

Die Voraussetzung menschlicher Existenz schlechthin, nämlich die Aneignung der Natur, die sich in Standorten von Produktion und Konsumtion räumlich niederschlägt, entzieht sich somit innerhalb des Kapitalismus weitestgehend der Planung. Was übrigbleibt ist ein Kurieren von Symptomen, eine Anpassungsplanung, die erst in der Zirkulation, genauer: Fernen des tertiären Sektors ansetzt, um so das anarchische Standortgefüge halbwegs ertraglich zu gestalten. Unter den gegenwertigen Verhältnissen ist es die Hauptaufgabe der politischen und ökonomischen Geographie, Gegenmodelle zu entwickeln und Kritik an der bürgerlichen Ideologie zu üben, wobei wir uns im klaren sein müssen, daß dies nur ein untergeordneter Aspekt auf dem Weg zur Transformation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in sozialistische sein kann.

"Nach allem ^{wird} für die politische Praxis für die Studenten klar, daß der herrschende Widerspruch unserer Gesellschaft nicht der von Studenten und Professoren ist, sondern zwischen entfremdeter Lohnarbeit und Kapital, gesellschaftlicher Produktion und deren von den Kapitalisten entschädigungslos angeeigneten Mehrarbeit unter Voraussetzung der Monopolisierung der Produktionsmittel durch eine kleine Gruppe, die die Masse der Bevölkerung zwingt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um existieren zu können.

Die Studenten, wollen sie Politik betreiben, müssen sich vorher entscheiden, auf welcher Seite sie kämpfen wollen, und erst von hier kann eine Einschätzung ihrer Aktivitäten und Projekte geleistet werden.

2.) Für die Entstehung der Studentenbewegung können wir mehrere Aspekte festhalten. Zunächst einmal ist hier kein mechanisch - materieller Kausalzusammenhang zu konstatieren, daß nämlich ihnen - ausgerechnet! ¹⁾ aus ihrer ökonomischen Lage heraus unmittelbar die Einsicht in die Notwendigkeit der Zerschlagung des Kapitalverhältnisses

gegeben sei.

Vielmehr zeigten sich im Bereich des ideologischen Überbaus Brüche zwischen Realität und Anspruch der Kapitalherrschaft, die zu Friktionen des Bewußtseins führten und zwar verständlicherweise bei denjenigen, die sich mit der Legitimation und Herrschaftsabsicherung des Systems vornehmlich zu beschäftigen hatten bzw. am ehesten konnten, den Sozialwissenschaftlern. Es liegt dem ein allgemeiner Prozeß zugrunde, daß die Bourgeoisie mit sich entwickelndem Kapitalverhältnis immer weniger ihre Ziele nennen kann, seitdem sie ihr Partial - also Klasseninteresse gegen breite Teile der Bevölkerung institutionalisierte. Von diesem Moment an konnten ihre Interessen nicht mehr als die gegen den Feudalismus gerichteten fortschrittlichen Interessen des Volkes ausgegeben werden; die Identifikation und Bindung vor allem der Arbeiterklasse mit bzw. an die Bourgeoisie, und also die Durchsetzung ihres Interesses als dem herrschenden, erforderte immer größere Manipulations - und Verschleierungsaufwände, zumal unter Bedingungen erschwerter Kapitalverwertung und fortwährender "Teilproletarisierung" der Bevölkerung. Es war gerade der Imperialismus, der zur Kompensation beitrug, aber eine ideologische Krise bei denen auslöste, die die Vorgänge in der Dritten Welt untersuchen und verstehen konnten. Es ist von daher nicht verwunderlich, daß gerade Vietnam zum Fanal der Studentenbewegung wurde. Gleichzeitig war die Ausrichtung auf jene "auswärtigen" Probleme für eine Studentenbewegung geeignet, die sich radikal-demokratisch an den vordergründigen Ideologemen bürgerlicher Freiheit, Gleichheit und Demokratie orientierte, und sich über deren Nichtrealisierung empörte, die Grundlage der eigenen Gesellschaft also nicht antasten wollte noch diese umfassen erkannte. Kurz, die Initialzündung der Studentenbewegung ist festzumachen an den politischen Ausformungen des gesellschaftlichen Grundwiderspruches und erbringt spontan eine bürgerlich - d e m o k r a t i s c h e Massenbewegung.

1) Um seitenlangen Rechtfertigungen im nächsten "Roten Globus" zu entgehen: dieses dämliche "ausgerechnet" hat zwei Ursachen:

a) es gehört natürlich vor "ihnen"

b) sollte klar sein, daß das Bewußtsein - auch bei Arbeitern - sich nie mechanisch herstellt und dennoch bei den Studenten ein besonders vermitteltes ist.

Verschärfend trat nun aber hinzu-und das ist der Grund, weswegen diese Bewegung nicht recht aufgefangen werden konnte-, daß in dieser Situation eine materielle Bindung an die Bourgeoisie durch Aussicht auf Privilegien weniger als zuvor gegeben war. Vielmehr wurde deutlicher, daß eine Lohnabhängige Berufsperspektive und z.T. soziale Deklassierung zu erwarten war, während darüberhinaus die Verringerung von 'toten Kosten' im Ausbildungsbereich und daher Studieneinschränkungen-zunächst nur als Plan-ihre Schatten vorauswarfen.

Die ersten spontanen Reaktionen der Studenten waren fast ausschließlich auf die Verteidigung ihrer "Spielwiesen" "beschränkt" und äußerten sich in Forderungen nach größerer Autonomie und Freiheit, sowie abstrakter Öffentlichkeit.

Hierbei traten ihnen aber nicht unmittelbar Kapitalisten gegenüber, sondern mittelbar der Staat mit seinen Kultusorganen und auf unterster Ebene die Professoren als seinen Repräsentanten. Dies brachte die Studenten in die "borniert"-ambivalente Position, einerseits einen Antagonismus zwischen Professor und Student zu sehen, andererseits aber trug diese Problematik eine Erweiterung in sich, die die Reflektion des Staates als einem Gewaltverhältnis hervorbrachte, daß durch provozierende Aktionen entlarvt werden sollte. Letzteres konnte um so leichter geschehen, als ein Bestehen auf formaldemokratischen Forderungen und ein Sträuben gegenüber der bei den Naturwissenschaftstudenten bereits begonnen formellen Subsumtion unter das Kapitalverhältnis für die staatlichen Wahrer spätkapitalistischer Kapitalverwertung ^{in der Tat} eine Provokation darstellte. Dabei war für den Übergang zur Rezeption marx'scher Theorie von Bedeutung, daß der Staat nicht ganz einfach als neutral-repressiv gegen alle Individuen gesehen, sondern als dem Kapitalverhältnis entspringendes Klasseninstrument erkannt wurde.

Bei diesem tendenziell über den Rahmen der Enklave Universität hinausweisenden Erkenntnisprozeß muß allerdings die Einwirkung verschiedener Theoretiker z.T. der "Frankfurter Schule" sowie von Marxisten, die der zerschlagenen Arbeiterbewegung entstammten, veranschlagt werden, wie überhaupt jenes Wechselverhältnis von bewußter Einwirkung und spontanem Prozeß mit der Studentenbewegung als sozialistischer potenziert reproduziert wurde. Auch muß bedacht werden, daß diese Prozesse nicht gleichzeitig an allen Universitäten entstanden, sondern wohl in West-Berlin ihren Ausgang nahmen und dann durchaus verzerzt in dem ^{dem} bürgerlichen Individualismus eigenen Eskapismus auf andere Universitäten übertragen und z.T. vom Zaun gebrochen wurden.

Insgesamt läßt sich die besonders widersprüchliche Entwicklung, wie auch die Zersplitterung unter anderem dadurch erklären, daß Wissenschaft lediglich sporadisch unter kapitalistischen Verhältnissen in die Produktion einbezogen werden kann, wenn auch in steigendem Maße - und das insofern eine relative Autonomie gegenüber der unmittelbaren Kapitalverwertung besteht und bestand, so daß z.T. in diesem Bereich noch Verhältnisse bestehen blieben, die der kleinen Warenproduktion entstammten und Bewußtseinshaltungen des revolutionären, liberalen Bürgertums erhielten.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Versuche der Koppelung der Universität mit der aktuellen Kapitaldynamik nur als Raub individueller Freiheiten verstanden werden konnten, also auch nur als abgeleitete, nämlich außen ihnen, gesetzte Widersprüche erfahrbar waren, da die Studenten eben nicht im Zentrum der Produktion standen und stehen, wo allein bürgerliche Freiheiten als Farce unmittelbar spürbar sind.

Andererseits war aber auch eine schnellere Vermittlung durch etwaige Konfrontation mit einer kommunistischen Arbeiterbewegung nicht möglich - erst Jahre später kam es in der unmittelbaren Produktionssphäre der BRD zu Klassenkampfansätzen. Dies alles erschwerte die Relativierung der Stellung der Studenten zur Gesellschaft, zu einem kapitalvermittelten gesamtgesellschaftlichen Kontext. Das Ergebnis waren zumeist spontane Äußerungen ständischer Interessen (die heute systematischer zusammengefaßt - sogar als Teil sozialistischer Politik verkauft werden!), da letztere eben nicht als partikulare gegenüber anderen Teilen der Bevölkerung - vor allem der Arbeiterklasse - erkannt werden konnten.

Was nun die Geographie betrifft, so streifte diese Bewegung lediglich eine sich weithin als naturwissenschaftlich verstehende Disziplin und führte zu einer reformistischen Revolte, die sich auf den besonders rückständigen Charakter länderkundlicher Geographie bezog und daher überhaupt unter dem Postulat neutraler Rationalität die Disziplin an die aktuellen Kapitalanfordernisse heranzuführen wollte, um die Berechtigung ihrer Existenz der argwöhnenden Bourgeoisie deutlich zu machen, zumal ein galoppierender Bedeutungsschwund an Schule und Universität zu verzeichnen war. Hier liegt auch die Wurzel der Entstehung des "Geographiker" und hier liegt der Ansatzpunkt für den Einbau positivistischer Soziologie in die Geographie durch die Akteure der neuen Planungsdisziplin "Sozialgeographie".

Dagegen erwuchs die marxistische Kritik bürgerlicher Geographie weniger aus "genuinen Geographenkreisen" - was z.T. auch für die Sozialgeo-

graphen zutrifft - als vielmehr durch fächerkombinierte Einbeziehung jener politisierten sozialistischen Studenten aus den Nachbarbereichen, vornehmlich also der Politikwissenschaften und der Soziologie. Dies erklärt daher sowohl den 'ROTEN GLOBUS', als auch die noch schwache, aber stetig wachsende Zahl marxistischer Geographen.

Hier brechen wir einstweilen die Weiterführung unserer politischen Einordnung ab, die wir allerdings in den nächsten Nummern weiterführen werden und müssen, zumal ja die Stellung der Studenten, dann auch der Geographiestudenten (an Universtät, aber auch in der späteren Berufspraxis) zum Kapitalverhältnis bisher vielleicht aus dem Zusammenhang geschlossen werden kann, aber noch nicht ausgearbeitet wurde, damit auch die Stellung zur Arbeiterklasse noch aufgezeigt werden muß.

Zu den bisher erschienenen Artikeln im 'Roten Globus!'

Eine Durchsicht unserer Arbeiten gibt uns zur Selbstkritik Anlaß in Bezug auf Qualität und Eignung.

Zum einen zeigt sich, daß wir momentan die aktuelle Kapitaldynamik nicht immer beherrscht haben, damit auch die Rolle des Staates und die Planungsmöglichkeiten im Kapitalismus nicht immer adequat dargestellt wurde. Dadurch wurden z.T. Illusionen genährt.

Zum anderen hat dies seine Basis allerdings nicht nur in einzelnen theoretischen Schwächen, oder der Heterogenität der Autorengruppe, sondern auch in den Vermittlungsschwierigkeiten komplexer Materie, in Anknüpfung am Bewußtsein von Geographiestudenten.

So wurde die Kategorie 'Arbeit' bisweilen produktionsverhältnis-indifferent gehandhabt, die Rolle des Staates überschätzt (Sozialstaatsillusion), und die Kritik des Positivismus nur sporadisch geliefert. Häufig haben wir Mittelglieder ausfallen lassen oder aber falsche Begriffe nur in Anführungszeichen gesetzt, bzw. falsche Aussagen erst durch den nachfolgenden Text relativiert.

Die Bedeutung des Imperialismus wurde nicht aus dem tendenziellen Fall der Profitrate erklärt und "der Lohn" agitatorisch wohlklingend als umgekehrt proportional "dem Profit" bestimmt. Außerdem ist die Problematik der Länderkunde nicht systematisch herausgearbeitet worden, und einiges mehr.

Wir werden dies alles nach und nach verbessern, uns aber nach wie vor nicht im geringsten scheuen Artikel abzudrucken - insbesondere wenn sie von "auswärts" kommen - die unserer Meinung nach fehler-

haft sind, wenn sie nur die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft beinhalten und die Notwendigkeit des Sozialismus aufzeigen.

Ein solcher "linker Meinungspluralismus" scheint uns beim gegenwärtigen Stand des Bewußtseins der Geographiestudenten der BRD, dem Angebot an marxistischen oder auch "kritischen" Analysen - in Bezug auf die Geographie, und der allerdings nur relativen Distanz einer Fachzeitschrift für Geographie zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Bewegung, angemessen zu sein.

ROTER GLOBUS NR. I

Allgemeine Grundlagen der Anthropogeographie-Produktionsgeschichte

I. Teil : Urgesellschaft

Ansätze einer Bevölkerungsgeographie unterentwickelt gehaltener Länder

Entwicklungsbedingungen der Raumordnung

Geographie und Gesellschaft I. Teil

ROTER GLOBUS Nr.1 ist auch in der 2. Auflage vergriffen, wir hoffen, diese Nummer in absehbarer Zeit erneut auflegen lassen zu können!

ROTER GLOBUS NR. II

Die Selbstdarstellung der deutschen Geographie auf dem 38. Deutschen Geographentag Erlangen/Nürnberg

Zum Verhältnis von Staat und Planung bei K. Ruppert-Zum Festvortrag, 38. Geographentag)

Zur Problematik zwischenstaatlicher Arbeiterwanderung

Allgemeine Grundlagen der "Anthropo"-Geographie - zur Produktionsgeschichte (2. Teil): Sklavenhaltergesellschaft

Kritik des Funktionalismus am Beispiel K. Ruppert (Regionalgliederung und Verwaltungsgebietsreform als gesellschaftspol. Aufgabe ...)

Erwägungen zur Bedeutung der Natur sowie der Raum- und Zeitmomente in der kapitalistischen Gesellschaftsformation und die Aufgabe einer Kritik der politischen und ökonomischen Geographie

Geographie und Gesellschaft (2. Teil)

**ERWÄGUNGEN ZUR BEDEUTUNG DER NATUR SOWIE DER RAUM- UND ZEITMOMENTE
IN DER KAPITALISTISCHEN GESELLSCHAFTSFORMATION UND DIE AUFGABE EINER
KRITIK DER POLITISCHEN UND ÖKONOMISCHEN GEOGRAPHIE - Teil 2 -**

II Die Entwicklung der Natur-, Raum- und Zeitmomente innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, die die stofflich-materielle Seite gesellschaftlicher Produktion nur widersprüchlich als Bedingung der Vergrößerung von Wert weitertreibt und die Aufgaben einer Kritik der politischen und ökonomischen Geographie

1) Kapitalistische Produktionsweise

Wir müssen den Faden der Problemstellung, die zu Anfang gegeben worden ist, wieder aufnehmen. Kritisiert wurde die einseitige Konzentration auf den Verwertungsaspekt, die die vielfältigen Beziehungen zu der stofflich-materiellen Seite des Kapitals vernachlässigt und so zu einer vulgären Kritik herabkommt.

Die Diskussion auf abstrakt-verallgemeinernder Ebene hat nun versucht, eben den Zusammenhang der gesellschaftlichen Gesamtproduktion (Gesellschaft nach ihrer ökonomischen Struktur) zu charakterisieren. An einzelnen Momenten wurde schon deutlich (und die Abstraktionsstufe rückgängig gemacht), daß eben Herausbildung und konkret-stoffliche Ausbildung der kapitalistischen Produktionsweise geschuldet ist, nicht aber den Notwendigkeiten gesellschaftlicher Produktion überhaupt, - etwa die Entwicklung der betrieblichen Arbeitsteilung,¹⁾ die Entwicklung der Produktionsmittel als Aneignungsinstrumenten von Mehrarbeit und die aus der Distribution der Produktionsmittel resultierende Klassenstruktur der Gesellschaft usw. In dieser Differenz zwischen stofflich-materiellem Inhalt und gesellschaftlicher (ökonomischer) Formbestimmtheit liegt nun sowohl die Möglichkeit analytischer Trennung und Darstellung dieser Seite als auch die praktische Schranke des Kapitals.

Im Kapitalismus regeln die Menschen ihren Stoffwechsel mit der Natur in einer gesellschaftlichen Form des Verhältnisses Mensch-Natur und Mensch-Mensch, die ihnen ihren gesellschaftlichen Zusammenhang selbst verschleiert. Das Wesen der Gesellschaft erscheint in einer verstellten Weise. Diese konstitutive Nicht-Identität von Wesen und Erscheinung kommt in der Warenform der Produkte zum Ausdruck. Der konkret-stoffliche Gebrauchswert wird hier allein Träger von Tauschwert, der sich im Geld selbständig von diesem Gebrauchswert macht und nun in der Bewegung des Geldes als Preisbewegung die gesellschaftliche Vermittlung von Produktion und Konsumtion (Verteilung der

1) vgl. K.Marx, Kapital I, S,377 und 443

DAS INTERESSIERT DEN GEOGRAPHEN!!

Schmidt-Renner , Elementare Theorie der ökonomischen Geographie	7,50
Lehrbücher und Unterrichtshilfen der Geographie für den Schul- unterricht DDR , je Bd.von 2,80 DM bis 6,50	
Karl A. Wittfogel , Geopolitik, Geographischer Materialismus und Marxismus	5,-
Karl A. Wittfogel , Wirtschaft und Gesellschaft Chinas 770 S.	18,-
Varga, Bettelheim, Maccio , Sowjetunion und China-zwei Wege des sozialistischen Aufbaus	5,80
G. Mohs , Geographie und technische Revolution	12,-
Architektur und Stadtplanung im Spätkapitalismus	12,-
Sanierung-für Wen? Zur Stadtteilsanierung in Berlin Kreuzberg	8,-
Das Argument 44 , Städtebau im Kapitalismus I	2,50
Helms/Janssen , Kapitalistischer Städtebau	7,80
Janssen/Krause/Schlandt , Stadtplaner und Reformgeister	4,-
Hanser Umweltforschung , G. Iben , Menschen unterm Planquadrat	17,80
E. Runge , Reise nach Rostock , DDR	8,-
Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors Hrsg. Altvater/Huisken	12,-
Marx-Arbeitsgruppe Historiker , Einführung in das 'Kapital' Bd. 1	5,-
A.Thalheimer , Einführung in den dialektischen Materialismus	6,-
A.Schmidt , Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx	9,-
Mao Tsetung , Zur Frage des genossenschaftlichen Zusammen- schlusses der Landwirtschaft	-,50!
Mao Tsetung , Vier philosophische Monographien (über den Wider- spruch, über die Praxis, über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk, woher kommen die richtigen Ideen der Menschen ?	1,50!

Weitere Titel über dieses Angebot hinaus können bestellt und zugesandt werden.

Der Gewinn unserer Tätigkeit wird nicht privat angeeignet sondern für politische Aufgaben zur Verfügung gestellt!

Bestellungen an: Politischer Buchversand
355 Marburg , Am Grün 28
Tel.: 06421 / 24787

Arbeitszeit) herbeiführt. Dadurch wird der gesellschaftliche Zusammenhang der anarchisch vereinzelt Produzierenden hergestellt. In der Verbindung der einander äußerlichen Elemente Gebrauchswert und Tauschwert liegt zugleich die Möglichkeit der Krise. Der gesellschaftliche Zusammenhang wird ja nicht durch die bewußte Abstimmung der an Produktion und Konsumtion beteiligten Menschen hergesellt und nur von den Schwierigkeiten der Produktion der Gebrauchswerte bestimmt, sondern kommt nur zum Ausdruck in krisenhafter Form in der Bewegung von Dingen (Ware, Geld).

Mit der Verallgemeinerung der Warenproduktion als kapitalistischer gewinnt der widersprüchliche Zusammenhang der Warenform in der Kapitalform neue Qualität. Er äußert sich darin, daß das Kapital sich nur verwerten kann, wenn es einen spezifischen Gebrauchswert, die Arbeit in konkret-stofflicher Weise vernutzt und gleichzeitig in entsprechender Weise wieder neuen Gebrauchswert herstellt. Durch Aneignung von Mehrarbeit und durch - den Einzelkapitalien durch Konkurrenz aufgezwungene - Selbstverwertung des Werts (Erlangung von Extraprofit) werden nun alle konkret-stofflichen Elemente des Produktions- und Zirkulationsprozesses spezifisch kapitalistisch verändert. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erhält die Gestalt der Vergrößerung von Surplusarbeit durch Verringerung der notwendigen Arbeit bei Sucht nach Verlängerung der Gesamtarbeitszeit. Zugleich aber produziert das Kapital seine eigenen Schranken, von Marx zusammengefaßt in den die Tendenzen der Kapitalakkumulation ausdrückenden Gesetzen des tendenziellen Falls der Profitrate. Der Kapitalismus muß nämlich bei Vergrößerung der Mehrarbeit (über die damit notwendig werdende wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals) und der dadurch gesetzten Vergrößerung der Gebrauchswerte zugleich seine eigne Existenzbedingung, die Profitrate, verringern.

Hier zeigt sich der historisch transitorische Charakter der kapitalistischen Produktionsweise. Entstanden durch gewaltsamen Raub von Gebrauchswerten in der Phase der sogenannten "ursprünglichen-Akkumulation" und die Entwicklung der Gebrauchswerte und aller gesellschaftlichen und natürlichen Produktivkräfte in die Form der Entwicklung des Werts gebannt, muß er diese stofflich-materiellen Seiten gesellschaftlicher Produktion doch zu einer solchen Höhe weiterentwickeln, daß das Kapital sie selber nicht mehr in den Grenzen des Werts halten kann.²⁾

2) K.Marx, Kapital III, S.259; K.Marx, Grundrisse..., S.592f.

Die Widersprüche und Schranken zeigen sich im Produktionsprozess als dem übergreifenden Moment am deutlichsten und entwickeln auch hier die "Mittel", die allein seine revolutionäre Umwälzung ermöglichen können: die subjektive Seite als lebendige Arbeitskraft des Proletariats. Das Kapital als auf Abpressung von Mehrarbeit und auf Ausbeutung von Naturkräften angelegt, muß wohl beide "Springquellen des Reichtums: die Erde und den Arbeiter"³⁾ zugleich zerstören, aber nur die lebendige Arbeit als das geschichtsstiftende Moment im Zusammenhang Mensch-Natur kann sich seiner von ihm selbst produzierten Geschichte auch bemächtigen und umwandeln.

2) Aufgaben einer Kritik der politischen und ökonomischen Geographie
Daraus ergeben sich Konsequenzen für eine Geographie, die zur Überwindung des Kapitalismus beitragen will.

Sie kann sich nur als Kritik vollziehen, und zwar als Kritik der politischen und ökonomischen Geographie wie sie in bürgerlicher Weise an den Hochschulen, Schulen, Planungsbüros etc. betrieben wird. Als Kritik wegen der im Kapitalismus bestehenden Nicht-Identität von Wesen und Erscheinung, die die Rekonstruktion der wesensmäßigen Zusammenhänge der Gesellschaft allererst noch durch Kritik ermöglichen muß. Nur so können die entscheidenden Widersprüche der kapitalistischen Form des Vorantreibens der stofflich-materiellen Struktur von Mensch und Natur freigelegt werden. - Es ist ja nicht so, daß eine politische und ökonomische Geographie nicht schon in der BRD existierte (in der DDR stellen sich die Probleme anders) auch wenn sie sich nicht so bezeichnet; darin durchaus der bürgerlichen Ökonomie vergleichbar, die - da Vulgärökonomie - sich auch nicht selbst als politische Ökonomie versteht. (Der Titel der Zeitschrift "ROTER GLOBUS" muß also lauten "Zeitschrift zur Kritik der politischen und ökonomischen Geographie").

Die konkrete Aufgabe einer solchen als Kritik verstandenen Geographie müßte also sein, konkret aufzuzeigen, wie die stofflich-materielle Seite des gesellschaftlichen Gesamtprozesses von der kapitalistischen Form bestimmt wird (in seinen von der Geographie untersuchten Aspekten) und die darin zum Ausdruck kommenden Widersprüche und Krisen in politisierbarer Weise darzustellen.

3) K.Marx, Das Kapital, Bd.3, S.530

Z.B. Probleme der Regionalstruktur, der Städteplanung, Umwelt - probleme sind über die entsprechenden Vermittlungsstufen als aus den Bedingungen der veränderten Produktion herausstammend darzu - stellen und zu zeigen, wie unter Bedingung des "Privateigentum am Erdball"⁴⁾ sich konkret die Raumaufteilung als vom Kapital geprägte erweist (Citybildung wegen der Priorität des Verkaufsproblems im Kapitalismus; Eigenheim-Ideologie und Klassenstruktur der Wohn - gebiete; Konkurrenz um die "allgemeinen Produktionsbedingungen" wie Wasser, Luft, Wald etc. durch industrielle Produktion als diese ausbeutender aber nicht wieder regenerierender Prozeß, durch Be - deutung dieser Elemente zur Regeneration der "Naturmacht" Arbeits - kraft, durch den innerkapitalistischen Widerspruch zwischen Land - besitzender und industrieller Bourgeoisie etc.)

Z.B. das Anwachsen des sogenannten "teritären Sektors" in seine Elemente zerlegen und aus dem veränderten Produktionsprozeß abzu - leiten, als aus im Kapitalismus entschiedenem Realisierungs - problem, wegen periodischer Überakkumulation, was den Verkauf in den Mittelpunkt rückt (Werbung, Verpackung und entsprechende unproduktive Arbeit) - ein Problem das bei vergesellschafteter Produktion in den Hintergrund rücken würde.⁵⁾

Insgesamt zeigt sich, daß es die Geographie hier mit den "allge - meinen Bedingungen der Produktion" zu tun hat, oder auf der Ebene der Zirkulation die Widersprüche der kapitalistischen Verwertung erfahren und aufzeigen kann. Ist es nun zum einen nicht einfach, die jeweiligen konkret-empirischen aufzuzeigenden vermittelnden Glieder zum Produktionsprozeß herzustellen (meist wird man sich mit allgemein-systematischen Ableitungen begnügen müssen), so ist andererseits die Gefahr groß, daß die Kritik der Geographie, wegen des ihr arbeits - teilig zugewiesenen Forschungsgegenstandes, das übergreifende Moment der Produktion nur noch verbal festhält, ohne zur Konstituierung des Proletariats konkret beizutragen. Sie kann sich überdies, wie die Affinität von Stadtplanern und Architekten zu Offe's Disparitäts - these zeigt, leicht in Funktionalismen verlieren.

Welchen Beitrag eine Kritik der Geographie allerdings praktisch heute für eine sozialistische Strategie leisten kann, ist noch offen, insbesondere, wie weit sie den Ausbildungssektor überschreiten kann und die planerische Intelligenz betrifft, vom Proletariat ganz zu schweigen.

4) K.Marx, Kapital Bd.3, S,824; 5) K.Marx, Kapital Bd.2, S.131ff.

Norbert Klüsche (Frankfurt/Main)

Rezension:

Franz-Josef Schulte-Althoff: Studien zur politischen Wissenschaftsgeschichte der deutschen Geographie im Zeitalter des Imperialismus, Paderborn 1971 - Bochumer Geographische Arbeiten Heft 9 (Phil.Diss. Münster 1969)

Motto: "Die Frage ist zulässig, ob überhaupt angesichts der Lebensweise und des Entwicklungsstandes der Eingebornen ganz auf Methoden einer straffen Erziehung und auf Formen des Arbeitszwanges verzichtet werden konnte, wenn die Eingeborenen auf den Weg in die moderne Zivilisation gebracht werden sollten." (S.205)

Arbeiten wie die hier zu besprechenden "Studien zur politischen Wissenschaftsgeschichte der deutschen Geographie im Zeitalter des Imperialismus" wecken durch ihre für die deutsche Geographie bislang ungewöhnliche Titulatur im Leser hohe Erwartungen. Doch wie das vorangestellte Motto erweist, kommt Schulte-Althoff (S.-A.) über die Position der von ihm dargestellten Geographengruppe kaum hinaus.

Nachdem S.-A. seine Absicht dargelegt hat, "für das Zeitalter des Imperialismus Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der deutschen Geographie und politischen und sozialökonomischen Tendenzen dieser Epoche aufzudecken" (Vorwort), referiert er die Imperialismustheorien Hilferdings, Kautskys und Lenins. Sie scheinen ihm "monokausale Deutungsversuche" mit "unzulänglichen Ergebnissen" (S.8). Er hält es eher mit Hobson, der neben "finanzkapitalistischen Interessen" eben "auch außerökonomische Kräfte wie Abenteuerlust, persönliche(n) Ehrgeiz, Patriotismus und Sendungsbewußtsein" (S.8) zu den Ursachen des Imperialismus gerechnet habe. Warum diese Erscheinungen gerade zu jener Zeit mit imperialistischen Zielsetzungen sich verquickten ist S.-A. anzugeben nicht imstande, da er nach dieser Vorentscheidung die konkreten deutschen Expansionsinteressen nicht mehr untersucht.

In der Darstellung der Entwicklung der Geographie nehmen die Bemühungen um ihre akademische Etablierung einen breiten Raum ein. Diese Bemühungen wurden - bis 1871 mit geringem Erfolg - vor allem von den Geographischen Gesellschaften getragen (S.17). Über diese Gesellschaften bringt S.-A. interessante Informationen - auch England und Frankreich betreffend (S.17ff.) -, die von ihm allerdings unzureichend interpretiert werden. So schreibt er zwar etwas über die individuellen Beitrittsmotive (S.17), kann sie aber nicht mit den gesellschaftlichen Verhältnissen vermitteln.

Bis 1871 standen deutsche Forschungsreisende noch meist in ausländischen - vor allem englischen - Diensten. Allerdings macht sich seit der Jahrhundertmitte eine rückläufige Tendenz bemerkbar, offenbar Ausdruck der zunehmenden Handelskonkurrenz der europäischen Mächte. S.-A. zitiert ein zeitgenössisches (1849) englisches Bedenken gegen die weitere Beteiligung deutscher Forscher an Reisen in Zentralafrika. Die Deutschen seien "unsere Nebenbuhler im Manufakturbetrieb" (S.25). Entrüstet bemerkt hierzu unser Autor: "Es ist kaum vorstellbar, daß ein deutscher Geograph um 1850 in einer solchen Weise die Mitwirkung etwa englischer Reisender an einer von deutschen geführten Expedition kommentiert hätte" (S.25) - was in der Tat stimmt. Nur ist es nicht auf die größere Integrität der deutschen Geographen, sondern auf die im Vergleich zu England vor der Reichsgründung zurückgebliebene Entwicklung und die spezifisch deutsche Wissenschaftstradition zurückzuführen, daß die deutschen Geographen in ihrem Bewußtsein säuberlich zwischen ökonomisch oder wissenschaftsintern motivierten Forschungsvorhaben unterschieden. Anders in England und Frankreich: Hier waren sich die Forscher offenbar der ökonomischen und politischen Aspekte ihrer Tätigkeit bewußt. Da sich S.-A. meist nur auf der Ebene des Selbstverständnisses der Forscher bewegt, konstatiert er in Deutschland (vor 1871) zweckfreie, stark philanthropisch motivierte Forschung, in England und Frankreich aber bereits imperialistisch ausgerichtete Auftragsforschung (S.56-61). Sein gering entwickeltes und deutschen Geographen gegenüber anscheinend besonders stumpfes ideologiekritisches Instrumentarium hindert ihn an tieferen Analysen des Forscher-Selbstbildes (z.B., S.74). Dabei fehlt in beinahe keinem der von ihm zitierten Spendenauftrufe für deutsche Forschungsreisen der Hinweis auf die damit verbundenen ökonomischen Vorteile oder den nationalen Prestigegewinn.

Auch in der Gliederung der Arbeit zeigt sich eine Methodische Schwäche, indem S.-A. nämlich zuerst die Entwicklung der Institutionen und Organisationen der Geographie, dann die Geschichte der Afrikaforschung und dann erst die Entwicklung des Verhältnisses von Geographie und Exportwirtschaft darstellt. Der oben zitierte Engländer von 1849 war offenbar einsichtiger.

Für die Zeit nach 1871 referiert S.-A. im wesentlichen die Einstellung führender Geographen zu Imperialismus und Kolonialpolitik und deren tagespolitischen Problemen. (Richtshofen, über den hier das interessante Faktum mitgeteilt wird, daß seine Reisen lange von der Bank of California und der Europäisch-amerikanischen Handelskammer von Shanghai finanziert wurden.)

finanziert wurden; Bastian; Ratzel, dessen Theorien S.-A. eher als Reaktion auf die Ritter-Schule denn als Ausdruck der zeitgenössischen Verhältnisse interpretiert; Theobald Fischer; Partsch u.a.)

Dabei konstatiert er eine starke Affinität der Geographen zu imperialistischen und kolonialistischen Einstellungen. Fast alle waren im Deutschen Kolonialverein (S.193) und mehrere auch im Alldeutschen Verband (S.194f.).

Es folgt eine referierende Darstellung über die farbigen Völker im Urteil der Geographen, die durch das oben vorangestellte Zitat hinreichend gekennzeichnet scheint.

Das Schlußkapitel sticht hervor durch Konfusion und eine Kette unmotivierter Wiederholungen. Erkennbar werden in ihm vor allem die unklaren Vorstellungen des Autors über die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. "Die Problematik, sich der autonomen Aufgabenstellung (Hervorhebung v.N.Klüsche) der Geographie unter dem Eindruck besonderer politischer Entwicklungen zu entfremden, ist von den deutschen Geographen der imperialistischen Ära nicht immer klar genug gesehen worden" (S,230). Dies Resümee kennzeichnet den Autor trefflich am Ende eines Buchs über den Zusammenhang von Politik und Wissenschaft. Die von ihm beigebrachten Zitate aus der geographischen Literatur unterm Imperialismus desavouieren zum Glück permanent seine Interpretation.

Klaus Deigmann

Geographie und Gesellschaft Teil 3

GEOGRAPHIE IM 1. WELTKRIEG

Welchen Zwecken und Interessen solche 'geographischen' bzw. geopolitischen Argumentationen dienten, schimmert auch durch folgende 'Beweisführung' hindurch; in der die Geschichte, ja die Tatsache des militärischen Erfolges selbst als Begründung einer Grenzverlegung gegenüber Frankreich herhält:

"Militärisch war freilich diese Grenze für Deutschland ein erheblicher Nachteil, wie der Verlauf der jetzigen Kämpfe gezeigt hat..." (89)

Die Grenzverlegung selbst legitimiert also die Grenzverlegung.

"Wie nach dem Weltkriege der Verlauf der deutsch-französischen Grenze sein wird, läßt sich heute natürlich noch nicht absehen und es ist müßig, darüber zu streiten, solange noch so viel zu tun (!) ist, wie gegenwärtig.

Aber das eine dürfen wir wohl mit Sicherheit hoffen, daß der Frieden uns bessere Grenzen geben wird, als wir sie bisher besaßen, daß er uns Gebiete wiedergeben wird, die viele Jahrhunderte deutsch gewesen sind und unserer Kultur nun mehr und mehr entfremdet wurden, Gebiete deren Wert militärisch (!) und wirtschaftlich (sic!) ein gleich hoher ist." (90)

Hatten Geographen tatkräftig mitgeholfen, imperialistische Unternehmungen schmackhaft und durchführbar zu machen, soerwuchs ihnen im daraus folgenden Weltkrieg um die Neuverteilung und Absicherung kolonialer Gebiete ebenfalls eine besondere Aufgabe zu.

Exkurs:

Dieser Hintergrund sowie die Bedeutung dieses Krieges war übrigens durchaus bekannt und wurde keinesfalls nur auf das abstrakte Kriegsspektakel und Waffenmessen zwischen Staaten oder sich nicht mögenden Staatsoberhäuptern reduziert:

"... daß es trotzdem für uns Deutsche nicht gleichgültig sein könne, ob wir unsere Stellung in Afrika behaupten oder dort ebenso unterliegen, wie einstweilen in Ost-Asien und in der Südsee.... Auch in Afrikat haben wir in unserem Kampf um deutsche Weltgeltung nur eine Wahl: zu wachsen oder zu verkümmern, so gut wie in Mittel-Europa oder sonst auf der Erdoberfläche, wo um sie gekämpft wird. Bestehen wir das große Ringen um unsere Existenz - kein Deutscher zweifelt daran -, dann wird der Frieden auch im tropischen Afrikat, im Osten und ganz besonders im Westen, eine Neuordnung der Dinge bringen müssen ..." (91)

Und weiter:

"In diesem Reich, von dem mit vollem Recht gesagt wurde, daß es gar nicht groß genug sein könne (DELBRÜCK 1915)...." (92)

THORBECKE faßt dann zusammen:

"Scheuen wir uns nicht, großräumig zu denken; wir haben als aufsteigendes Volk, das um seine Weltgeltung überall auf Erden kämpft, das in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten weite Räume zur Betätigung braucht, mindestens dasselbe Recht, an ihre Erwerbung zu denken, wie die Engländer, sicher aber mehr Berechtigung als die Franzosen, die im letzten Menschenalter ohne Bedenken Riesenreiche an sich rafften." (93)

Soweit überhaupt Begründungen gegeben werden, so sind sie also zumeist sehr fadenscheinig, emotional oder moralischer Art, wie z.B. die, man müsse um die Weltgeltung kämpfen oder zur Befriedung beitragen.

"Der erste Geschützdonner des Weltkrieges hat diesem deutschen Friedenswerk das Salut geschossen." (94)

Hinzu treten die bereits erwähnten zivilisatorischen Aufgaben, so, als könnte das kapitalistische System auch nur 1 Jahr

existieren, würden Investitionsentscheidungen nicht nach optimalem Profit sondern philanthropischen Gesichtspunkten getätigt. Die Bourgeoisie wird uns als gemeinnützige, schenkende Stiftung "Afrika-Hilfe" dargestellt. Dennoch können die realen Absichten nicht ganz verschwiegen werden und schimmern im Begriff der "G e s c h ä f t s - H u m a n i t ä t" allzu deutlich hindurch:

"Entgegen allen Hoffnungen deutscher Kolonialkreise, im Gegensatz auch zu den ihrer sonst so lauten Sprache beraubten neutralen Verfechtern einer echten (!) oder eine Geschäftshumanität (!) in allen Eingeborenen-Angelegenheiten, hat der Krieg vor den Augen des Schwarzen einen Kampf des Weißen gegen den Weißen ... entfesselt.... Wo gestern noch das gerade von uns Deutschen nicht nur im Munde geführte, sondern in Jahrzehnten langer Arbeit ehrlich befolgte Dogma moderner kolonisatorischer Tätigkeit von der Solidarität der weißen Rasse unbestritten Geltung zu haben schien Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß die Kulturarbeit von Dezennien und Generationen heute schon ... vernichtet ist." (95)

Wie schon bei früheren Kriegen - der von 1870 führte beispielsweise zu mehreren Lehrstuhlgründungen (Marburg 1876) - erwachte auch diesmal wieder das Interesse an 'geographischer Ausbildung'. Es entstanden 'Kriegsgeographien', Abhandlungen über Kriegsziele, sowie Berichte wie der von KREBS 'Die Karpathen als Kriegsschauplatz', in dem der Truppe Möglichkeiten des Einsatzes aufgezeigt werden:

"Für den östlichen Teil der Waldkarpathen gilt also, daß das aus zahlreichen Ketten bestehende Gebirge und teilweise auch noch seine Waldbedeckung kriegerische Operationen erschwert und an bestimmte Linien bindet. Für den mittleren Teil aber, der ein direktes Vordringen in das ungarische Tiefland zwischen Kaschau und Munkacs ermöglichen würde, gilt dies nicht. Im besten Fall sind die Taleingänge zu sperren, die Paßregion aber ermöglicht freie Bewegung in bescheidener Seehöhe. Wollte man hier ... Sperrforts anbringen, so müßte ihre Zahl eine ganz gewaltige sein...." (96)

Nun durfte man nicht nur an die unmittelbare Versorgung der Truppe mit Informationen denken, sondern auch mit wohlausgebildeten Rekruten. Es wurden daher bestimmte "Kriegswünsche für den erdkundlichen Unterricht" (LAMPE) in Bezug auf die "mannbare Jugend" geäußert, mit dem Ziel der Erhöhung der Wehrkraft der Jugendlichen, zumal sich Mängel gezeigt hatten, nämlich

"Unsicherheit in der Kartenverwertung, Unklarheit im Vermögen, sich örtlich zurecht zu finden, Ungewohntheit, das Gelände zu

beurteilen, Ungeübtheit bei der Beobachtung von Land und Volk, Wind und Wetter." (97)

Der Kriegsgeograph CLEMENZ legt deshalb den Finger in die Wunde:

"Die Wissenschaft, die im Kriege am notwendigsten ist (Herv.d.V.), wurde im Frieden am wenigsten geachtet, so wenig, daß man sie nicht einmal für würdig hielt, in den oberen Klassen der höheren Lehranstalten für 'voll' zu gelten: die Erdkunde!" (98)

Auch LAMPE ist dieser Zusammenhang der Entwicklung der Geographie mit dem Krieg durchaus klar:

"Es ist nichts Neues, daß gerade in Kriegszeiten Wünsche nach Hebung des geographischen Lehrfaches laut werden. Krieg ist nach Ratzels Wort mehr oder minder ein Ringen um Lebensraum, und im Verlauf der Kampfhandlungen treten erdkundliche Größen, Raumweite, Lageverhältnisse, Eigenarten von Gelände, Wasserabfluß, Witterung, von Pflanzenwuchs und Siedlungsdichte, immer wieder stark bestimmend auf." (99)

Deshalb ist

"aus obigem (ist) zu entnehmen, daß schon vor und besonders im Kriege neue Strömungen in der deutschen Geographie entstanden waren und um Geltung rangen. Sie bezweckten eine Vermehrung des geographischen Wissens, weil der Krieg sehr bedenkliche Lücken darin enthüllt hatte, besonders in der politischen und Wirtschaftsgeographie, in der Kartenkenntnis, auch in der eigentlichen Länderkunde. Deshalb forderten die Heidelberger Beschlüsse (von Hochschullehrern, die die neuen Anforderungen berieten, "die durch das gewaltige Erlebnis des Krieges" für die geographische Forschung, entstanden waren, d.V.) eine wirksame Ausgestaltung der Forschung wie der Lehre in diesen Gebieten und sahen die Wege dazu in der Vermehrung der geographischen Lehr- und Assistentenstellen an den Hochschulen, der Lehrstunden an den Schulen, in der Ausgestaltung der Exkursionen, Ermöglichung von Auslandsreisen, sowie in Übungen in der Kartenherstellung und im Kartengebrauch." (100)

Desgleichen wurde für die Kriegsakademien gefordert:

"Die Erfahrungen des Krieges werden mit ausreichendem Nachdruck die Einsicht gereift haben, daß am wenigsten an einer Kriegsakademie eine geographische Professur entbehrt werden kann, wie sie früher in Berlin und in München bestand." (101)

Die Bestrebungen innerhalb der wissenschaftlichen Geographie zielten somit darauf ab

"... sich mit dem Staate und der Kriegsführung eingehend zu befassen, also 'angewandt' zu werden, wie Hettner das wünscht." (102)

Auf der Kriegstagung deutscher Dozenten der Geographie wurde folgende Resolution verabschiedet:

"Angesichts der während des Krieges gemachten Erfahrungen, die den Wert gründlicher geographischer Kenntnisse, insbesondere auch der Fähigkeit im Gebrauch der topographischen Karte dartun,

muß die Ausdehnung des Geographieunterrichts in der Schule bis in die oberste Klasse ... gefördert werden." (103)

Man war sich auf der Tagung einig darüber, daß sich die Geographen "in den Dienst des Lebens der Nation (zu) stellen" hätte. Der Krieg sei die große Prüfung einer jeden Wissenschaft, somit auch der Geographie, ob "sie ihre wissenschaftliche Aufgabe voll erfüllt habe"! Getreu der Losung LAMPE's: "Nun hat der Krieg alle gesammelt, e i n V o l k, e i n H e e r", stimmte man geschlossen dem Passus zu:

"Unter Festhaltung ihrer rein wissenschaftlichen Aufgabe, einer Natur und Menschen umfassenden Erforschung und Darstellung der Erdoberfläche muß die Geographie bestrebt sein, an dem politischen und wirtschaftlichen Aufgaben unseres Vaterlandes mitzuarbeiten." (104)

Große Impulse für die Geographie erhoffte man sich auch von den aus dem Felde Zurückkehrenden:

"Die augenblicklich unter Waffen stehenden Lehrer und Oberlehrer werden, wenn sie nach Friedensschluß zurücktreten in ihr Amt, durch andauernde Wirksamkeit im freien Gelände, durch langen Aufenthalt in fernen Gebieten und unter fremdem Volk andere Maßstäbe, Fertigkeiten, Fähigkeiten mitbringen." (105)

Jene auf "Exkursion" befindlichen Geographen wurden dann den Jugendwehren und -kompanien, die zur Beseitigung der Geographielosigkeit Geländeübungen abhielten, als leuchtende Beispiele vorgehalten:

"Hingewiesen wurde auf die erfolgreiche Tätigkeit eines Fachgenossen, der durch gute Croquis, die er von den Patrouillengängen mitbrachte, die Aufmerksamkeit seiner Vorgesetzten auf sich lenkte, und heute als kartographischer Leiter an der Spitze eines großen Feldvermessungstrupps steht. Andere Geographen haben im Feld ähnliche Aufgaben gefunden." (106)

Zum Beispiel jene landschaftskundlichen Kommissionen, die in Verbindung mit "zivilen" Kräften Arbeiten über besetzte Gebiete - vornehmlich und bezeichnenderweise - wirtschaftliche Informationen erstellten. Oberhaupt scheint sich in den Geographischen Zeitschriften dieser Zeit und in den einzelnen Beiträgen die Aktualität des Krieges und der "deutschen Interessen" in einer Hinwendung zu kriegs- und wirtschaftsrelevanten Gebieten anzudeuten.

- Fortsetzung folgt -

- 88) Dix, A., zitiert nach: P.Sieger "Staatsgrenze und Stromgebiet", Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik 1914 S. 289
- 89) Arldt, Th., Die deutsch-französische Grenze in ihrer geschichtlichen Entwicklung und geographischen Bedeutung, Deutsche Erde 1914/15 S.211
- 90) Arldt, Th., a.a.O. S.212
- 91) Thorbecke, F., Das Tropische West- und Mittel-Afrika, Sonderabdruck aus den Kriegsaufsätzen der Geographischen Zeitschrift 1915 Leipzig S.373
- 92) Thorbecke, F., a.a.O. S.452
- 93) Thorbecke, F., a.a.O. S.453
- 94) Throbecke, F., a.a.O. S.452
- 95) Thorbecke, F., a.a.O. S.372
- 96) Krebs, N., Die Karpathen als Kriegsschauplatz, Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 1915
- 97) Lampe, F., a.a.O. S.304
- 98) Clemenz, B., Kriegsgeographie, zitiert nach: M.Walter, Buchbesprechung Geographische Zeitschrift 1915
- 99) Lampe, F., a.a.O. S.380
- 100) Drygalski, E.v., Neue Strömungen in der Erdkunde, Sonderdruck aus: Paedagogische Warte, Heft 15, 1932 S.1
- 101) Thorbecke, F., Kriegstagung Deutscher Dozenten der Geographie Leipzig 1916 S.341
- 102) Lampe, F., a.a.O. S.382
- 103) Thorbecke, F., Kriegstagung a.a.O. S.338f
- 104) Thorbecke, F., Kriegstagung a.a.O. S.337
- 105) Lampe, F., a.a.O. S.304
- 106) Thorbecke, F., Kriegstagung a.a.O. S.337

SCHULBUCHANALYSE: ERDKUNDEBÜCHER

BEISPIEL: UNTERENTWICKELT GEHALTENE LÄNDER

(LATEINAMERIKA)

Innerhalb der programmatischen Aufgabenstellung des "Roten Globus" ist bisher sicherlich der Aspekt der Berufsperspektive der meisten Geographiestudenten, sprich Lehrerstudium und Schulbuchanalyse zu kurz gekommen, d.h. eigentlich ganz rausgefallen. Dies ist im wesentlichen auf arbeitstechnische Probleme zurückzuführen. Da wir diesen Aspekt aber für sehr wesentlich halten, soll mit nachfolgendem Artikel der Anfang gemacht werden. Dazu ist anzumerken, dass dieser nicht mehr als ein Ansatz, als eine Anregung zur Diskussion sein kann und der genaueren Fortführung und Weiterentwicklung bedarf. Ausserdem ist festzustellen, dass der Artikel bereits vor einem Jahr entstand, was allerdings nicht heisst, dass er überholt sei oder der inhaltlichen Revision bedürfe; möglicherweise hätten wir heute einige Aspekte klarer analysiert und deutlicher herausgestellt. Im übrigen sei noch einmal darauf hingewiesen, dass, da er als Anregung zur Diskussion zu verstehen ist, wir von Euch Beiträge erhoffen.

VORBEMERKUNG:

Zur Analyse herangezogen wurden Oberstufenbücher, wobei wir uns auf 4 verschiedene Exemplare stützten. Es stellte sich jedoch sehr bald heraus, dass sich jeweils zwei Bücher in den wesentlichen Teilen deckten und dies nur durch neue Titel und Überschriften verschleiert wurde. Wir beschränkten uns bei unserer Analyse auf die beiden neueren Schulbücher, ohne die Unterschiede zu den älteren gesondert herauszuarbeiten:

H. Scholze, Wirtschaftsräume der Grossmächte,
Schöningh Verlag, Paderborn 1963 (1)

Autorenteam, Der Mensch in seinem Lebensraum,
Klett Verlag, Stuttgart 1969 (2)

Unterentwicklung ist noch nie das Ergebnis endogener Fakten eines Landes gewesen. Vielmehr geht sie auf bestimmte internationale, einseitige und primär ökonomische Beziehungen zurück, als deren Ergebnis durch Übervorteilung industriell-kapitalistische und unterentwickelte Länder als zwei Pole eines einheitlichen Prozesses entstanden.

Das Ergebnis für die Entwicklungeländer (im folgenden "E-Länder genannt) bestand in der Aufpfropfung einer kapitalistischen

Produktionsweise, die ohne organische Verbindung mit den überwiegend agrarischen Produktionsbedingungen einige wenige Standorte, besser Enklaven, hervorbrachten, die wie Saugnapfe die Überschüsse und Extraprofite in die "Mutterländer" transferierten, ferner in einer Infrastruktur, die nur auf diese Bedürfnisse und nicht auf die Entwicklung der Gesamtgesellschaft gerichtet waren, und sich letztlich in einer Disproportion der Wirtschaft niederschlugen. Hinzu trat die Degradierung der "E-Länder" zu vom Weltmarkt abhängigen Rohstoffproduzenten, die den für ihre Monoprodukte sich verschlechternden Terms- of-Trade unterlagen. Von hier war der Schritt bis zur politischen Abhängigkeit von den industriell abhängigen Ländern nur noch klein, auch dann, wenn die Kolonien schliesslich als formal bzw. juristisch unabhängige Staaten auftraten. Genau diese Umstände werden in den von uns analysierten Erdkundebüchern unterschlagen bzw. nur bruchstückhaft und unzureichend wiedergegeben. Diese Umgehung erfolgt auf verschiedene Art und Weise:

1. Definition des "Entwicklungslandes"

"Entwicklungsländer werden alljene Staaten genannt, die durch grosse Armut der Bevölkerung gekennzeichnet sind." (1, S.75)

Charakteristisch für die Definition der "unterentwickelten Länder" ist hier die Beschränkung auf gewisse äussere Merkmale, die an Normen entwickelter kapitalistischer Länder gemessen werden. Dabei verwendet man fast ausschliesslich quantitative Indikatoren, die von den gesellschaftlichen Verhältnissen, wie Klassen und Schichten etc. und auch allgemein vom Produktionsprozess abstrahieren.

Alleiniger Massstab ist die Zirkulation und damit zusammenhängend unspezifizierte Masstäbe der Konsumtion.

"Die Zahl der Autos, der Rundfunk- und Fernsehempfänger oder der Gebrauch von Genussmitteln sind ein anschauliches Mass dafür, wie weit eine Volkswirtschaft sich bereits entwickelt hat." (2, S.105)

Ebenso ist eine ahistorische Verwendung von Kategorien wie

"Hunger, Not, Krankheit, geringes Einkommen, dürftige Ernährung, schlechte Bekleidung, primitive häusliche Einrichtung, fehlende Ausbildung." (1, S.75)

nicht dazu angetan, die Situation der "unterentwickelten Länder" zu erklären, zumal diese Kategorien für alle-auch die hoch-industrialisierten kapitalistischen Länder- Schichten und Klassen spezifisch sowie regional differenziert gesehen- zutreffen.

Nach obigen Ausführungen wird deutlich, dass die einzelnen Merkmale unter- und zueinander beziehungslos bleiben müssen und z.B. geringes Einkommen und dürftige Ernährung gleichrangig und isoliert nebeneinanderstehen.

2. Ursachen der Unterentwicklung

"Die Industrialisierung blieb bis in dieses Jahrhundert hinein, nur auf Teile Europas, auf Angloamerika, Australien und Japan beschränkt, die anderen Länder verblieben noch in alten Wirtschaftsordnungen." (2, S. 105)

Forscht man nun nach den Ursachen dieses Phänomens, erhält man folgende Antwort:

"Industrie und Technik beruhen auf der Anwendung der Naturwissenschaften, die sich in den Ländern entwickelte, die von der Renaissance und der Reformation stark erfasst wurden... Nicht die Schätze der Erde, sondern ein neuer dynamischer Lebensstil der Menschen und ihre Einstellung gegenüber der Arbeit haben die Industrialisierung in Gang gebracht." (2, S. 163f)

Also ein geistiger Kraftakt hat die gesellschaftlichen Verhältnisse radikal geändert. Hier wird die idealistische These vertreten, das gesellschaftliche Sein könne letztlich durch das Bewusstsein verändert werden. Die Aufstellung einer solchen These wurde den Verfassern durch Ausserachtlassung des Produktionsprozesses möglich, durch den allerdings menschliche Existenz, auch im Kapitalismus, erst gesichert wird. So argumentierend lässt sich dann die Problematik der "E-Länder" auf deren Einfallslosigkeit reduzieren:

"Jene Entwicklungsländer sind aber zum grossen Teil von diesem Segen der Wissenschaft und Technik ausgeschlossen und verharren in der Urarmut." (1, S. 76) ¹

Zur Verschleierung werden weitere endogene Fakten zur Klärung der Unterentwicklung herangezogen:

"...ausserdem spielen auch die geographischen Gegebenheiten bei der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Staaten eine grosse Rolle." (2, S. 106)

(Anmerkung: Neben geopolitischen (d.h. die Erklärung staatlicher Verhältnisse aus Naturfaktoren, wobei unter Staat eine äussere Hülle, quasi eine Käseglocke, und als Gegenstand der Geographie die Natur verstanden wird) gibt es auch andere naturkausale Kurzschlüsse: "Sie (die besonders erfolgreichen chinesischen Händler, die Verf.) erwiesen sich als die Widerstandsfähigsten im tropischen und borealen Gebiet.")

Es soll an dieser Stelle gerechterweise darauf hingewiesen werden, dass jene naturdeterministischen Konstruktionen an Bedeutung relativ untergeordnet sind. Übrigens sollte auf einen weit verbreiteten, in der Entwicklungsgeschichte der Geographie begründeten Fehler hingewiesen werden, der darin besteht, die natürlichen Verhältnisse mit dem Begriff des Geographischen zu belegen. Diese Vorstellung - gängig bei den meisten Geographen - wird analog an der Schule vermittelt.)

3. Das Verhältnis von Metropole und Satellit

Auch die bürgerliche Geschichtsschreibung kann sich nun nicht an der Tatsache vorbeidrücken, dass bestimmte kapitalistische Staaten Kolonien hatten, ja sogar noch haben. Man muss also auch in den

¹Diesen Zustand machen allerdings die "E-Länder" erst seit jener Einbeziehung in ein Metropolen-Satellitensystem durch; die Inkas etwa werden gerade ihrer grossartigen Vorratswirtschaft wegen gerühmt.

Lehrbüchern gewisse Beziehungen konstatieren.

"Die kolonialen Rohstoff- und Absatzgebiete wurden als Ergänzungsräume erschlossen. ...Die Industrie- und Handelsstädte mit ihrer grossen Arbeiterschaft² konnten nicht mehr aus dem eigenen Land ernährt werden." (1, S.72)

Jene deterministische, die Produktionsverhältnisse und die Entwicklung der Produktivkräfte ausser acht lassende Betrachtung, geht unausgewiesen und statisch davon aus, dass einem Land, dessen optimale, wirtschaftliche Situation landwirtschaftliche Autarkie ist- nur ein bestimmter, nicht mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt haltender Satz an Nahrungsmitteln zur Verfügung steht, so dass malthusianistisch- von einer nicht näher bestimmten Grenze ab, entweder ein Krieg etc. oder eben neuer Lebensraum³ "gefunden" werden muss.⁴ Dies alles geschieht scheinbar harmonisch in weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung:

"Die Völker der Erde bildeten eine Verbrauchsgemeinschaft. Jeder Erdteil erhielt seine besondere Aufgabe in der von Europa gelenkten Weltwirtschaft. Sie führte zu einer globalen Arbeitsteilung" (1, S.72)

Erstaunlicherweise führt diese Idylle "in einer freien, friedlichen Welt" zum wachsenden Wohlstand für Europa. Während man sich bei Schöningh mit dieser Feststellung begnügt, wird bei Klett auf eine von den produzierenden und austauschenden Nationen losgelöste Naturinstanz namens Weltmarkt verwiesen, der jedem das Seine zuweist.

Auch die letzten Zweifel der Schüler an der aufgestellten Behauptung werden zerstreut, indem man die "nackten Extraprofitinteressen" der industriell-kapitalistischen Länder zu wirtschaftlichen Hilfeleistungen verklärt:

"Aber ohne fremde Unternehmer, ohne ausländisches Kapital und ohne Abnehmer im Ausland gäbe es in Peru kaum Bergbau und Plantagenwirtschaft." (2, S.128)

Bei Schöningh haben die Europäer sogar noch einen hohen Preis zu zahlen:

"...sie (die Ausweitung des Lebensraumes, die Verf.) brachte aber auch eine wachsende Einfuhrabhängigkeit." (1, S.72)

²Das Wachstum des Proletariats wird nicht als "relative Überzähligmachung" (Marx) der Arbeiter durch die kapitalistische Produktionsweise, also historisch, sondern naturhaft gesehen.

³ Es handelt sich hierbei um die bereits während der Zeit des Faschismus und auch vorher häufig gebrauchte Lebensraumdoktrin der Geopolitik, welche durch Schmitthenner, auf den sich die Verfasser beziehen, 1951 wieder aufgewärmt wurde, wenn auch mit dem Zusatz, dass "einem jeden gesunden Volke der Drang nach Ausdehnung immanent sei."

⁴ "Auf dieser Grundlage wurde dem deutschen Volke suggeriert, dass Deutschland überbevölkert werde... (Sanke, Politisch und ökonomische Geographie, Berlin 1958)

Die ganze Situation wird nun noch dadurch relativiert, dass man die primär ökonomischen, einseitigen Beziehungen als rein juristisch bzw. militärisch sieht, und so mit Abzug der Besatzungstruppen, sowie formaler politischer Unabhängigkeit die Periode des Kolonialismus-häufig auch verschleiern Kolonisierung genannt- mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts zu Ende gehen lässt. So gesehen ist dann Unterentwicklung nur mehr ein technisches bzw. formales Problem:

"Mit der elastischen Übernahme der modernen Organisationsformen werden Schranken zwischen unter und hoch entwickelten Gebieten fallen." (1, S.74)

4 Entwicklungshilfe

Aus der statischen, die Entwicklung der "ersten" und "dritten" Welt als zwei Pole des gleichen Prozesses negierende Betrachtungsweise, wird in den Schulbüchern die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe abgeleitet, die den Teufelskreis der Armut (kein Sparen-Kapitalmangel-mangelnde Nutzung der Hilfsmöglichkeiten- Analphabeten- geringe Produktivität-geringe Produktion-Armut-kein Sparen etc.) aufbrechen sollen. Verschwiegen wird, dass die "Entwicklungshilfe meist Investitionen in eine Infrastruktur dient, die für die ausländische Monopole notwendig ist bzw. in Form der Militärhilfe geleistet wird zur Absicherung der Ausbeutungsverhältnisse. Ferner wird Hilfe geleistet zur Unterdrückung bzw. Beschwichtigung sozialer Konflikte:

"Die Alternative lautet also ganz hart: diese Entwicklungsländer ihrem Schicksal zu überlassen und dann die politischen Folgen ihres Aufstandes zu ertragen oder im altbewährten europäischen Pioniergeist mit ihnen zusammenzuarbeiten ..."(1, S.74)

5 Entwicklungsetappen (Wirtschaft und Bevölkerung)

Ein weiterer entscheidender Fehler der Verfasser liegt in einer kritiklosen Übernahme eines ahistorischen und phasenhaften Bevölkerungsentwicklungsmodells, das angeblich mit einer stufenförmig gedachten Wirtschaftsentwicklung korreliert, wie es besonders Rostow propagiert. Nach solchen Vorstellungen befinden sich die "E-Länder" in den Vorphasen zur wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie die industriell-kapitalistischen Länder, ja sogar die sozialistischen Länder durchmachten. Entsprechend hätten sie nach einem Zeitpunkt geringen Bevölkerungswachstums bei hoher Geburten- und Sterberate nun die Phase rascher Bevölkerungsvermehrung und sinkender Geburten- und Sterberate, die dann folgerichtig abzu-ebben hätte, bis sie - mit wachsendem Wohlstand- gänzlich zum

Stillstand käme. Mehreres- besser: alles- übersieht man allerdings bei diesem Schema: die "E-Länder" haben nicht die gleichen Wirtschaftsbedingungen, die etwa England mehr oder weniger organisch aus dem Feudalismus heraus entwickelte. Sie haben nicht und konnten nicht z.B. die Infrastruktur nach den neuen Bedürfnissen der nationalen Bourgeoisie herausbilden, ebenso nicht das Bildungssystem. Die Freisetzung der ländlichen Bevölkerung sowie ihr Wachstum korrespondiert nicht mit dem Wachstum der Arbeitsplätze im sekundären Sektor, sondern mit dem Anwachsen der Slums und Elendsviertel am Rande der grossen Städte. Es fehlen somit alle Voraussetzungen, die die Bevölkerungskurve in der Weise zu Ende schreiben lassen könnten, wie es die imperialistischen Staaten gerne hätten, die die "Bevölkerungsexplosion" letztlich verursachten.

6 Antikommunismus

Die Annahme der Möglichkeit einer autarken Wirtschaftsentwicklung und der Abbruch der Geschichte des Kolonialismus zu Beginn des 20. Jhds. führen in den Schulbüchern zu einem eurozentrischen Weltbild. Dieses Weltbild führt zu schizophrenden, den tatsächlichen Verhältnissen entgegengesetzten Folgerungen. Auf der einen Seite leugnet man die Abhängigkeit von den USA unter monopolkapitalistischen Bedingungen. So ist im Schönigh - Buch die Rede von "europäischer Pioniergeist," "europäische Demokratie" etc., auf der anderen Seite grenzt man sich entschieden gegen die UdSSR ab- wobei man unter Einbeziehung der USA in das westliche Lager eben genannter Tendenz widerspricht. So wird gesagt, dass politische(!) Erwägungen die Europäer zwingen, den Entwicklungsländern zu helfen. Genau das aber macht man den sozialistischen Staaten zum Vorwurf. "Die Regierungen der Entwicklungsländer wünschen Garantien für feste, hohe Preise, wie sie die kommunistischen Staaten gewähren, um Einfluss zu gewinnen." ("2, S. 160)

Ohne Analyse und Begründung werden besonders Begriffe wie Marktwirtschaft und Planwirtschaft emotional verwandt, wobei alle mit dem ersteren verknüpften Eigenschaften (Konkurrenz, Preisregulierung durch den Markt etc.) als erstrebenswert und der zentral gelenkten Wirtschaft überlegen bezeichnet werden. Desgleichen wird die unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht mögliche- wenn auch immer notwendig werdende- gesamtgesellschaftliche Planung als negative Erscheinung dargestellt. Weiterhin werden völlig unreflektiert Begriffe verwandt, von denen man offensichtlich eine Verstärkung des zuvor negativ gezeichneten Bildes erwartet.

So heisst es über Peru:

"Doch ist die Gefahr sehr gross, dass die kubanischen Kommunisten Einfluss auf die Massen(s. negative Besetzung dieses Begriffes durch den Faschismus, Anm. d. Verf.) gewinnen." (2, S.127)

Als exemplarisches Beispiel, wie mit Sprache antikommunistische Emotionen erzeugt werden, hier die Stilanalyse eines Schulbuchauszuges:

"Sie(die Führenden, d. Verf.) versuchen, die westlichen Völker, die Russen und die Chinesen als Helfer gegeneinander auszuspielen. Diese Länder geraten nicht selten in eine starke Abhängigkeit von den Kommunisten. Oft kontrollieren Fremde die wichtigsten Schlüsselpositionen solcher Staaten." (2, S.159)

Mit einem geschickten stilistischem Mittel, der Assoziation, werden die beiden letzten Sätze, die weder grammatikalisch noch direkt inhaltlich aufeinander bezogen sind, verbunden. Doch "Fremde" lässt sich verführerisch leicht ausschliesslich auf "Kommunisten" beziehen. Typisch sind auch die Reizwörter "die Russen", "die Chinesen" im ersten Satz, die den- unverbindlicheren- "westlichen Völkern" gegenübergestellt werden. Eine korrekte gleichgewichtige Fassung ist z.B. "die westlichen und östlichen Grossmächte." Doch dann wäre ja der Eindruck verwischt, der im folgenden Satz verfestigt wird: dass die "E-Länder" "nicht selten stark von den Kommunisten" abhängig würden. Mit verblüffender Leichtigkeit wird vergessen gemacht, dass im Satz davor- wenn auch als "Völker" verdeckt- immerhin auch noch von den westlichen Grossmächten die Rede war, die böserweise gegen Russen und Chinesen ausgespielt werden, sie aber nicht mehr bei den verwerflichen Abhängigkeiten neben den "Kommunisten" Erwähnung finden. Die einseitige Aussage wird unterstützt durch das "nicht selten", das augenzwinkernd untertreibt, weil der Leser wissen sollte, dass eine Abhängigkeit der "E-Länder" noch häufiger besteht, als es das gebräuchliche "oft" an dieser Stelle gesagt hätte. Weiter wird die Ausdrucksweise "Schlüsselpositionen kontrollieren" oft im militärischen Sprachgebrauch benutzt; sie steht dort für eine Macht, die etwas durch Bedrohung und Gewalt, also unmenschlich beherrscht (z.B. "eine Stadt kontrollieren"). Durch das negative "Fremde" -Fremde sind Unbekannte, Unbekannten muss man mit Misstrauen gegenübertreten- kann leicht das "kontrollieren" im obigen Sinne assoziiert werden und den negativen Eindruck den "Kommunisten" gegenüber verstärken.

"Die grossen Ideen des Westens, die den Menschen zu einem verantwortungsbewussten Staatsbürger machten: die Menschenrechte, der Parlamentarismus, der Sozialismus wirken nun in diesen erwachenden Nationen. Sie sehen aber auch die Methoden des Ostens, die den Aufstieg der kommunistischen Staaten begründeten: die Sozial- und Agrarreformen, die Fünfjahrespläne und Massenerziehung." (1, S.89)

Den "grossen Ideen des Westens" sind also die "Methoden des Ostens" entgegengesetzt, wobei mit "Osten" impliziert ist der Kollektivismus, dem das angeblich verwirklichte Ideal des Individualismus im "Westen" gegenübersteht. Idealismus und Materialismus stehen sich im "Ringeln um die Seele der Völker". (1, S.89)

Schlussbemerkung

Allgemein lässt sich feststellen, dass sich in den uns vorliegenden Schulbüchern immanente Widersprüche finden lassen; z.B. wird die Natur einmal als determinierender Faktor für Wirtschaftsprozesse angesehen, andererseits als untergeordneter Faktor. Die fehlende historisch-materialistische Methode führt in den Schulbüchern - wie in der bürgerlichen Geographie - zu der Unfähigkeit, Erscheinungsformen auf ihre Gesetzmässigkeiten hin, also auf ihr Wesen hin, zu untersuchen. Diese Unfähigkeit führt dazu, dass man gezwungen ist, das eigene System um jeden Preis zu verteidigen, da die Erklärung der Widersprüche, die sich in den Erscheinungen des kapitalistischen Systems manifestieren, unwiederbringlich zu einer Negation der bürgerlichen Gesellschaft selbst führen würde. Dieser Rechtfertigungscharakter ist in den Schulbüchern unterschiedlich stark ausgeführt.

IM APRIL ERSCHEINT:

DAS PLÄDOYER

ZEITSCHRIFT KRITISCHER JURISTEN

Kriminalsoziologie
Staatstheorie
Rechtsphilosophie

Kontaktadresse:
Karl-Heinz Nowey
355 Marburg
Gisselberger Str. 23

Angelika Bös

ZUR PROBLEMATIK ZWISCHENSTAATLICHER ARBEITERWANDERUNGEN Teil 2

Als sich Ende der fünfziger Jahre das Reservoir der internen Immigration erschöpfte, begann für den westdeutschen Kapitalismus ein weiteres Kapitel der kostenlosen Aneignung von Arbeitskräften.(20) Die Anziehungskraft, die die westdeutsche Wirtschaft auf unterentwickelte Peripherieländer ausübte, verdeutlicht folgende Tabelle über die Beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte:(20)

Tab.1.1.

Jahr	Beschäftigte ausl.Arb.kr. jeweils per 31.7.	Zunahme gegenüber dem Vorj. absolut	in %	Ihr Anteil an den unselbstständigen Erwerbspersonen in %
1954	70 097	-	-	-
1955	76 843	6 746	9,6	-
1956	95 355	18 512	24,1	0,5
1957	104 603	9 248	9,7	0,6
1958	123 442	18 839	18,0	0,7
1959	166 829	39 749	31,3	0,8
1960	279 390	112 561	67,5	1,3

War von 1954 bis 1959 die Zahl der ausländischen Arbeiter nur etwas mehr als verdoppelt worden, so wurden nach 1960 wesentlich mehr ausländische Arbeitskräfte für die BRD angeworben, und dies hauptsächlich durch zentrale staatliche Institutionen,+ EWG - Freizügigkeit(22).

"wir haben um das ganze Mittelmeer herum eine Organisation von Anwerbestellen gespannt. Die Bundesanstalt (sc. für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung) beschäftigt zur Zeit in diesen Dienststellen im Mittelmeer 250 bis 300 Bedienstete."(23)

(20) Vgl. "Ausl. Arbeitnehmer, Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung" Erfahrungsbericht 1968, Bundesanstalt f. Arb.losenvers. Nürnberg

(20) 'kostenlos' insofern, als die Ausbildung der Arbeitskräfte nicht von der BRD getragen wurde.

(22) Die Vereinigung des Arbeitsmarktes und das Prinzip der "Freizügigkeit" sollte eine gleichmäßige, kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaft aller EWG-Staaten anstreben, wie auch eine gleichwertige Behandlung aller Arbeiter, unabhängig vom Zugehörigkeitsland.

Tab.1.2. Beschäftigte ausländische Arbeiter in der BRD: (24)

Jahr	Beschäftigte ausl.Arbeiter jeweils per 30.9.	Zunahme(+) od.(-) gegenüber dem Vorjahr absolut	in%	Ausländer- quote an den unselbstst.Er- werbep. in %
1961	548 916	+ 269 526	+ 96,3	2,5
1962	711 459	+ 162 543	+ 29,6	3,2
1963	828 743	+ 117 284	+ 16,5	3,7
1964	985 616	+ 156 873	+ 18,9	4,4*
1965	1 216 804	+ 231 188	+ 23,5	5,7**
1966	1 313 491	+ 96 687	+ 7,9	6,1
1967	991 255	- 322 236	- 24,5	4,7
1968	1 089 873	+ 98 618	+ 9,9	5,2
1969	1 501 409	+ 411 536	+ 37,8	7,0
1970	1 948 951	+ 447 542	+ 29,8	9,0

*berechnet mit den Gesamtzahlen der beschäftigten Arbeitnehmer nach den Karteien der Arbeitsämter

**berechnet mit den Gesamtzahlen der abhängigen Erwerbstätigen (ohne Soldaten) nach dem Mikrozensus

Nach dieser Tabelle wurde 1970 der Höchststand an Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte erreicht, was einem fast 30%igen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr entspricht. Insgesamt reisten im Jahre 1970 714 000 Träger menschlicher Arbeitskraft neu in die BRD ein, um hier den Reichtum vermehren zu helfen. Mit Hilfe dieses Transfers von Arbeitskräften erzielte die westdeutsche Wirtschaft außergewöhnliche Resultate, wie die Zuwachsrates des Brutto - sozialprodukts in folgender Tabelle veranschaulicht:

Tab.2. Bruttosoz.prod., Gesamtbeschäftigung, ausl. Arbeitskräfte(25)

Jahr	Bruttosoz. produkt*	Beschäft. in 1 000	Arb.losigk. in 1 000	Ausl. Arbeitsk. in 1 000**
1960	254,9	26 247	271	279,4
1961	268,6	26 591	181	475,7
1962	279,6	26 783	154	643,6
1963	289,3	26 880	186	795,0
1964	308,5	26 979	169	932,9
1965	323,2	27 153	147	1 164,4
1966	331,5	27 082	161	1 314,0

* Real in Mrd. DM zu Preisen von 1954

**1960 und 1961: Stand 30. Sep.; ab 1961: Stand 30. Juni

Nur aus der Einwanderung von Arbeitskräften ist nach BALKE Präsident des deutschen Arbeitgeberverbandes der "enorme Vorteil" für die Wirtschaft der BRD zu erklären, der sich in einer "15-20%igen Steigerung der Produktivität" ausdrückt.

Zu der gleichen Auffassung kam die "Frankfurter Rundschau" (vom 1/2. April 1966), wenn sie schreibt:

"Will die Bundesrepublik ihr wirtschaftliches Potential weiter erhöhen, muß sie weiterhin ausländische Arbeitskräfte importieren; ohne sie wäre die augenblickliche Produktivität um 15 bis 20% geringer."

und auch A. KRUSE (26), indem er sagt:

"Ausländische Arbeitnehmer stellen somit heute die wichtigste Quelle des zusätzlichen Arbeitsangebotes dar. Ohne sie wäre der derzeitige Stand des Sozialprodukts nicht zu erreichen gewesen." Mit all diesen Angaben ist aber nur ein Teil der Problematik erfaßt, denn: "In Wahrheit handelt es sich (außerdem, d. Verf.)... um eine widerrechtliche Aneignung der Ausgaben, die die Wirtschaft der Herkunftsgebiete hatte, um eine Million Arbeitskräfte auszubilden, die die westdeutsche Wirtschaft als Maschinen einsetzt und bei denen sie nur für Brennstoff und Wartungskosten (Herv.hebung d.V.) aufkommen muß, nicht aber für die Produktionskosten der Maschinen oder das Investitionskapital. Das Investitionskapital für die Produktion dieser Arbeitskräfte wird von den Emigrationsländern geschenkt oder - wie man es auch nennen kann - kostenlos zur Verfügung gestellt." (27)

Diese Arbeitskräfte tragen einerseits zur wirtschaftlichen Expansion und andererseits zur Perpetuierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sie zur Auswanderung zwangen.

Mit der Emigration von Arbeitskräften werden dem betreffenden

(23) Zöllner, D., zitiert nach Keller, T.: "Der Ausländer als Mitarbeiter und Mensch", in: Soziale Verantwortung, Berlin 1968

(24) Vgl. "Ausländische Arbeitnehmer 1970", Bundesanst. Nürnberg S. 3.

(25) Keller, Theo, a. a. O., S. 346

(26) Kruse, A.: "Der deutsche Arbeitsmarkt u. d. Gastarb." Berlin, S. 428

(27) Cinanni, P., a. a. O. S. 134

Land die reproduktiven und ökonomisch aktiven Teile der Bevölkerung entzogen, denn es wandern jene aus, bzw. jene werden von den kapitalistischen Industrieländern angefordert, die sich für den Produktionsprozeß (hier: den der BRD) am besten verwerten lassen.

Die Emigration von Arbeitskräften beseitigt nicht : nur nicht die regionalen Disproportionen der Wirtschaft dieser Länder und die mit diesen Zuständen verbundene Massenarbeitslosigkeit, sondern verschärft durch den Abzug der produktiven Kräfte das Ungleichgewicht zwischen Immigrations- und Emigrationsland. "Trotz der Auswanderung von Millionen Arbeitern herrscht in Italien weitere Arbeitslosigkeit - die von dem Gemeinsamen Markt zugestandene Priorität konnte diesen Zustand nicht beseitigen. Dies beweist deutlich, wie falsch eine Politik ist, die die Emigration als Heilmittel gegen strukturbedingte Arbeitslosigkeit einsetzen möchte." (28)

Während in der ersten Zeit des Gemeinsamen Marktes die deutschen Unternehmen für ihre Expansion Italien in der Rolle des Arbeitskräfte-lieferanten akzeptierten, so übergangen sie mit fortschreitender Entwicklung die Prioritätsvereinbarungen des Gemeinsamen Marktes. "Die westdeutschen Monopole drängten einerseits auf die ungehemmte Nutzung der Arbeitskräfte anderer EWG-Staaten sowie jener Länder, die wie Griechenland und die Türkei, als assoziierte Mitglieder der EWG beitraten. Andererseits waren sie nicht dazu bereit, bei der Anwerbung von Arbeitskräften den EWG-Staaten einen Vorrang einzuräumen." (29)

Inwieweit eine nationale Verschiebung innerhalb des Reservoirs der ausländischen Arbeitskräfte eingetreten ist verdeutlicht folgende Tabelle. (30)

TAB. 3.

	<u>1971*</u>	<u>1970</u>	<u>1969</u>	<u>1968</u>	<u>1967</u>
Jugoslaw.	478 000	423 228	265 036	119 144	95 730
Türkei	453 000	353 898	244 335	152 905	131 309
Italien	408 000	381 840	348 977	303 966	266 801
Griechenl.	268 000	242 184	191 210	144 740	140 306
Spanien	186 000	171 671	143 058	115 864	118 028
Portugal	58 000	44 796	29 534	19 980	17 803
Tunesien	-	6 218	.	.	.
Gesamt	1 851 000	1 623 835	1 222 150	856 599	769 977
Sonstige	-	325 116	279 259	233 274	221 278
Zusammen	-	1 948 951	1 501 409	1 089 873	991 255

*Zahlenangaben zusammengestellt nach: Spiegel, Nr. 48, Nov. 1971, S. 140

Die Gegenüberstellung der Zahlen von 1967 und 1970 zeigt die Entwicklungstendenz, die eigentlich schon 1961 mit der ständig wachsenden Einwanderung aus Drittländern einsetzte, an, daß nämlich der Beschäftigungszuwachs bei den Jugoslawen mit +327.495 und bei den Türken mit + 211.589 weitaus am größten war. Untersucht man die Veränderung der ausländischen Arbeitskräfte von Ende Sep. 1969 bis Ende Sep. 1970, so stellt man fest, daß die Stärkste prozentuale Zunahme auf Jugoslawien mit 59,7%, die Türkei mit 44,8% und Griechenland mit 26,7% fällt, während Italien die geringste Beschäftigungszuwachsrate aller in der BRD arbeitenden Ausländer, nämlich 9,4%, aufweist.

Diese Zahlen zeigen, daß immer mehr diejenigen Arbeitskräfte, die aus weniger entwickelten Gebieten mit niedrigerem Lohnniveau kommen, bevorzugt werden. Sie sind weniger geschützt ("in einigen Ländern haben diese Arbeiter zum Beispiel kein Recht, an den Betriebswahlen teilzunehmen; sie genießen nicht den im Arbeitsrecht verankerten Schutz, sondern unterstehen bilateralen Abkommen, die manshmal mit polizeilichen Erpressungstaktiken praktiziert werden usw.)"(31) und daher auch billiger. Diesen Emigranten kommt der Abschluß eines Arbeitsvertrages einem Gnadenakt gleich, obwohl sie sich mit diesem Vertrag an eine bestimmte Tätigkeit in einem ganz bestimmten Betrieb binden, den sie oft nur von der Beschreibung her kennen. Falls die vielen Bewerber - die nicht selten bis zu sechs Jahren warten müssen - der Prüfung der deutschen Anwerbungs-kommission nicht gerecht werden, also für den kapitalistischen Produktionsprozeß als nicht verwertungsfähig abgelehnt werden, geschieht es oft, daß sie illegal meist als Touristen in die BRD einreisen.(32)

(28) Cinanni, P., a.a.O., S. 100

(29) Elsner, L., "Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland" Berlin 1970, S.29

(30) Vgl. Bundesanstalt für Arbeit, "Ausländische Arbeitn..." S.5.

(31) Cinanni, P., a.a.O. S.101

(32) "Die meisten fallen obskuren Maklern in die Hände, die unmittelbar vor den Vermittlungsstellen für Bargeld - selten unter 1 000 Mark - ihre Schlepperdienste anbieten. Als Urlauber über die Grenzen geschleust, werden die Illegalen vor allem an deutsche Baufirmen verliehen: zu Niedrigstlöhnen, ohne Sozialversicherung, ohne Kindergeld, ohne Urlaub, ohne feste Wohnung. Allein rund 30 000 Touristentürken"

Eine etwas subtilere Variante der Arbeitskräftebeschaffung außerhalb der EWG sind "bilaterale Abkommen mit Klauseln, die den Export von Industrieerzeugnissen vorsehen bei gleichzeitigem Import von Arbeitskräften aus dem Land, das diese Erzeugnisse importiert." (33)

Ergeben sich Schwierigkeiten zwischen beiden Vertragspartnern so wird dem "Schwarzarbeiter", der also ohne das Arbeitsamt konsultiert zu haben einreiste, ständig mit Entlassung oder mit Ausweisung gedroht, während man sich bei den legalen Einwanderern der "humanen" Methode der nicht Erneuerung des Arbeitsvertrages zuwendet. Kommt es zu einer Kündigung von ausländischer Seite, so wird eine neue Arbeitserlaubnis nur dann ausgestellt, wenn der betreffende Unternehmer damit einverstanden ist. Es ist also für diese Arbeiter nur schwer möglich aus Protest gegen ihnen aufgezwungene Verträge und Arbeitsbedingungen ihre Arbeitsstelle zu verlassen und von sich aus "mobil" zu sein, um günstigere Arbeitsverhältnisse zu erhalten.

"Wer im deutschen Arbeitshaus als Gastarbeiter mal Pause vom Produzieren macht, ohne sich an die Vorschriften zu halten, riskiert Ausweisung" (34). Das Spektrum der Möglichkeiten ausländischer "Gäste" reduziert sich also auf unverschleierte Ausbeutung oder Heimkehr..

Aufschlußreich in diesem Zusammenhang wäre eine genauere Untersuchung der Beschäftigungsdauer der ausländischen Arbeiter in der BRD, doch es liegen von der Bundesanstalt für Arbeit keine genauen Zahlen vor. Eine Aufstellung von 1965 und 1967 weist nach, daß die Fluktuation unter diesen Arbeitern beträchtlich ist. Waren 1965 fast 60% der ausländischen Arbeiter noch nicht zwei Jahre in der BRD beschäftigt, so waren es 1967 nur 37%, was sich aus der Wirtschaftskrise 1966/67 erklären läßt. Gegen die Naturgesetze der Kapitalverwertung halfen auch keine formalen Verträge: "So kam es zum Beispiel, daß im Winter 1966-67 während der Konjunkturkrise der westdeutschen Wirtschaft ausländische Arbeiter aus nicht-EWG-Ländern, gesichert durch

verdingen sich gegenwärtig auf dem 'Grauen Markt' BRD wie 'Sklaven im Altertum' (so die Frankf. Rundschau). "SPIEGEL a.a.O. S.60

(33) Cinanni, P., a.a.O., S.101

(34) Spiegel, a.a.O. Nr.48, Nov.1971, S.72

Arbeitsverträge oder bilaterale Abkommen italienischen und selbst deutschen Arbeitern vorgezogen wurden." (35)

Das heißt aber nicht, daß sich die Arbeitslosigkeit - infolge der Krise, deren Teilziel es war, "durch Reproduktion der in - industriellen Reservearmee die jährlichen Lohnsteigerungen beträchtlich zu senken und sie in den Jahren 1968 und 1969 ein beträchtliches Absinken der relativen Lohnquote zu bewirken," (36) - allein auf das Potential der ausl. Arbeiter beschränkt hätte, sondern sich verständlicherweise fast zu gleichen Anteilen auf die inländische und ausländische Arbeiterklasse verteilt hat, da sich letztere nicht gleichartig verteilt hat in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. (Ausländer wurden besonders in den konjunkturabhängigen Industrien - wie Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau freigesetzt.) Nur in Relation zu der Gesamtzahl an ausländischen Arbeitern war der Prozentsatz an ausländischen Arbeitslosen hoch. Hierin haben wir eine wesentliche Ursache geographischer Mobilität, nämlich des umfangreichen "Rückflusses" ausländischer Arbeitskräfte in ihre Mutterländer, sowie die Bestätigung, daß sie nur solange als "Gäste" innerhalb der BRD angesehen werden, als sie zur Kapitalverwertung beitragen können.

Im Spätherbst mußten 300 000 ausländische Arbeiter ihre Arbeitsplätze aufgeben und im Rezessionsjahr 1967 ging die Zahl abermals um knapp 10% zurück und erreichte damit ihren Tiefststand von 900 000 (vor der Rezession 1,3 Mil.). Nach Theo Kellers Ansicht jedoch "ging die Verminderung der Zahl der beschäftigten Ausländer größtenteils auf deren eigene Initiative zurück." (37) Ihrer Existenzgrundlage - nämlich des Lohnes - beraubt waren sie also gezwungen freiwillig die BRD zu verlassen.

Zusammenfassen läßt sich sagen, daß die ausländischen Arbeitskräfte nicht aus philanthropischen Gesichtspunkten in die BRD geholt wurden, oder gar wie der ehemalige Chef der Bundesanstalt für Arbeit Anton SABEL vorgibt um Entwicklungshilfe zu leisten (Vgl. SPIEGEL, Nr. 48/1971), vielmehr wie der BDA-Sprecher WEBER konstatiert: "Kein deutscher Arbeitgeber beschäftigt Ausländer um damit Bildungspolitik oder Entwicklungspolitik zu betreiben. In erster Linie interessieren ihn die Arbeitskraft und

(35) Cinanni, P., a.a.O., S. 101

(36) Mandel, E. "Die deutsche Wirtschaftskrise", Ffm., 1968, S. 22

was sie für den betrieblichen Produktionsprozeß zu leisten im Stande ist. Erst daraus resultiert, daß der Arbeitgeber eventuell auch an einer beruflichen Qualifikation des Ausländers interessiert sein kann."(38)

Nicht die BRD also, sondern die entwicklungsbedürftigen Länder Europas leisten Entwicklungshilfe und dies im direkten als auch im indirekten Sinne:

Sie liefern zum einen die Arbeitskraft, die bei der konjunkturellen Entwicklung der Wirtschaft knapp wurde, und zum anderen sichern sie mittels des Vergrößerten Angebots von Arbeitskraft einen bestimmten Prozentsatz an Arbeitslosen, wodurch das allgemeine Lohnniveau gedrückt und auf niedrigem Stand gehalten werden kann, da der Preis der Ware Arbeitskraft bekanntlich vom Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt mitbestimmt wird.

Die Immigrationsländer ziehen aus der Emigration von Millionen von Arbeitskräften nur Vorteile, die nicht nur in der gesteigerten kapitalistischen Akkumulation bestehen oder in der Einsparung der Heranbildungskosten, sondern auch in der Dämpfung des Preisauftriebs (Remissen), Konsumsteigerung, Steigerung der Lohnsteuer, sowie der Rentenversicherung (sie finanzieren gegenwärtig die Altersrente, wie auch die Arbeitslosenunterstützung mit, ohne ihre Beiträge müßten die deutschen Arbeiter bereits 1% mehr an Rentenversicherung zahlen).

Im Rahmen der bisher aufgezeigten Gesamtproblematik der zwischenstaatlichen Arbeiterwanderung soll nun auf die räumliche Verteilung, Differenzierung und Struktur dieser Bevölkerungsverschiebung zunächst für die BRD im allgemeinen und für die kleinere administrative Einheit Stadt Allendorf im besonderen eingegangen werden.

Da sich die Verteilung der Bevölkerung, wie auch des ausländischen Anteils, nach dem Standortsystem der materiellen Produktion richtet, - insofern als ein Arbeits- und Wohnort im Zielgebiet vorhanden sein muß - wird zunächst die Aufteilung der ausländischen Arbeiter auf die wirtschaftlichen Bereiche und Landesarbeitsämter nach dem Stand von 1970 untersucht.

(37) Keller, Theo: "Der Ausländer als Mitarbeiter und Mensch", in: Soziale Verantwortung, Festschrift, Berlin, 1968

(38) Spiegel, 24. Jgg., Nr. 43/1970, S. 70

Tabelle 4. (39)

Wirtschaftsabteilung	Landesarbeitsamtbezirk									
	Schles/Hol/Hb	Nd/Sachs/Br	Nrh/Westf	Hessen	Rh/Pf/Saarb	Bd/Württ	No/Bay	Sü/Bay	Berl(W)	Bundesgeb.
Eisen/Metall ers.+verarb.	23 932	50 250	228 913	70 623	23 633	210 431	42 028	69 170	31 342	750 322
Verarb.Gewer.	17 193	3 469	126 416	55 372	26 643	125 271	28 799	47 261	10 050	471 074
Bau/Ausb/Bau- hilfsgewerbe	9 545	18 054	74 078	41 339	14 431	94 014	13 696	61 663	7 962	325 782
Öffent.Dienst/ Dienstl.i.B.Intr	4 200	5 610	25 051	14 431	5 962	21 416	2 877	9 857	4 282	95 686
Handel/Geld/ Verkehrswesen	7 970	4 860	23 899	15 037	3 750	18 071	4 090	12 096	2 325	92 098
Dienstleist.	6 355	4 938	19 113	13 780	4 791	19 362	3 250	15 047	4 196	90 862
Bergbau Gew/Ver. v.Stein/Erden	1 034	4 879	32 866	4 579	3 380	10 042	2 622	3 906	920	64 228
Verkehrswesen	5 149	3 401	11 836	8 456	826	8 015	730	3 538	688	42 639
Land/Forstwirt Garten/Fisch.	1 511	1 488	4 050	2 172	1 356	4 449	656	1 730	848	18 260
Alle Wirtschaft abteilungen	76 889	127 549	547 222	225 789	86 772	511 101	98 748	214 268	62 623	194 895

(39)Tabelle wurde nach den Zahlenangaben der Bundesanstalt für Arbeit, a.a.O.1970, S.66-69 zusammengestellt

Global betrachtet ist in allen Wirtschaftsbereichen, gegenüber den Vorjahren eine Zunahme in der Ausländerbeschäftigung zu verzeichnen. Abstrahiert man zunächst einmal von der unterschiedlich starken Zunahme in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, so läßt sich die Reihenfolge in der sich die beschäftigten Ausländer der Zahl nach auf die einzelnen Bereiche verteilen, wie folgt bestimmen: Die Eisen und Metall industrie weist mit 750 322 oder 38,5% die meisten Beschäftigten Ausländer auf, dann folgt mit 471 074 oder 24,2% das Verarbeitende Gewerbe und mit 325 782 oder 16,7% das Baugewerbe. Rechnet man dann noch mit 64 228 oder 3,3% den Bergbau und die Steingewinnung hinzu, so kristallisiert sich das "produzierende Gewerbe" mit 82,7% aller beschäftigten Ausländer als Hauptbeschäftigungszweig heraus.



Damit ist jedoch noch keine Differenzierung des "Gastarbeiter - heeres" nach Herkunftsländern für die einzelnen Wirtschaftsbe - reiche vorgenommen

Tab. 5. Beschäftigte ausl. Arbeiter nach Wirtschaftszweigen und Nationalität: EISEN/METALLERZEUGUNG + VERARBEITUNG

	<u>1970</u>	<u>1969</u>	<u>1968</u>	<u>1967</u>	<u>1966</u>
Türken:	157 485	106 102	62 559	48 469	63 573
Jugosl:	145 999	90 021	29 933	22 257	-
Italien:	139 557	124 586	97 746	74 898	114 189
Griechen:	126 921	97 764	70 727	62 889	90 247
Spanier:	74 600	61 271	45 402	42 227	68 659
Portug:	15 718	10 253	6 761	5 469	6 864
Gesamt +					
Sonstige:	750 322	563 587	369 960	308 554	434 356

VERARBEITENDE GEWERBE (ohne Eisen/Metall)

Italien:	101 703	98 106	84 323	73 282	100 085
Türken:	85 705	62 969	40 481	32 823	38 110
Griechen:	82 538	67 915	52 968	53 044	74 906
Jugosl:	70 638	46 155	20 275	15 902	-
Spanier:	52 009	45 313	38 532	39 956	56 026
Portug:	16 316	11 202	7 574	6 440	7 412
Gesamt +					
Sonst.:	471 074	387 214	292 119	266 437	349 287

BAU-, AUSBAU- UND BAUHILFSGEWERBE

Jugosla:	131 592	78 572	36 321	27 645	-
Italien:	71 805	64 498	64 192	59 725	105 443
Türken:	53 733	57 920	23 834	22 666	28 223
Spanier:	12 535	9 832	7 948	8 619	17 452
Griechen:	8 850	6 699	5 248	6 556	9 752
Portug:	3 943	2 221	1 630	1 759	2 641
Gesamt +					
Sonst:	325 782	232 204	166 343	152 894	239 460

HANDEL, VERKEHR UND DIENSTLEISTUNGEN

Jugosl:	62 274	42 471	29 023	25 710	-
Italien:	53 600	46 913	42 488	43 553	48 488
Türken:	29 681	20 900	14 969	15 681	14 556
Spanier:	25 638	21 178	19 289	21 886	25 167
Griechen:	20 191	15 706	12 963	19 394	14 485
Portug:	6 953	4 573	2 290	3 257	2 939
Gesamt +					
Sonst.	319 285	255 613	210 535	208 024	213 310

(Zusammengestellt nach "Ausländische Arbeitn.", Bundesanst. a. a. O. S.

Waren 1968 die Italiener in allen Wirtschaftsbereichen führend, so wurden sie 1969 durch die Jugoslawen von ihrer Spitzenposition im Bereich des Baugewerbes verdrängt und Ende September 1970 blieben die Italiener nur noch in den verarbeitenden Gewerben die stärkste Ausländergruppe. In der Eisen- und Metallindustrie waren die Türken mit 21% die stärkste Gruppe, gefolgt von den Jugoslawen mit 19,5% und den Italienern mit 18,6%. Im Baugewerbe dagegen kamen die meisten dort tätigen Ausländer aus Jugoslawien, 40,4%, den zweiten Platz nahmen die Italiener mit 22,0% und den dritten die Türken mit 16,5% ein, in diesem Wirtschaftsbereich war auch die Ausländerquote mit 17,5% besonders markant (der Durchschnitt lag 1970 bei 9,0%). Sie lag in den Betrieben des gesamten "produzierenden Gewerbes" auf 12,5%, während sie im gesamten Dienstleistungsbereich nur 3,4% erreichte, wo der Anteil der Jugoslawen mit 19,5% und 16,8% der Italiener an der Spitze der Ausländerbeschäftigung stand.

Die Verteilung und die z. T. verschobenen Schwerpunkte der Ausländer in den einzelnen Wirtschaftsbereichen nach Nationalitäten werden durch folgende Faktoren mitbeeinflusst: Anzahl der Arbeiter aus den einzelnen Ländern, die es erst ermöglichen die unterbeschäftigten Produktionskapazitäten maximal auszunutzen; Nachfrage und Beschäftigungsstruktur des einzelnen Wirtschaftsbereiches (inwieweit ungelernte Arbeitskräfte eingestellt werden können, oder die Produktion auf antiquierter Produktionsstufe weiter betrieben werden kann). Als weitere Momente können die lohndrückende Funktion, die bisherige Ausländerstruktur und die Abwanderung der einheimischen Arbeitskräfte aus den einzelnen Wirtschaftsbereichen angesehen werden, etc.

Allein aus diesen Fakten wird schon ersichtlich, daß sich die gesellschaftliche Funktion der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte nicht länger ^{nur} auf die traditionelle Funktion der industriellen Reservearmee beschränkt, obwohl diese die Basis der Fremdarbeiterpolitik darstellt.

Auf die Qualifikationsstruktur ist etwas näher einzugehen, da ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sowohl im Emigrations- als auch im Immigrationsland BRD besteht. Jugoslawien z. B. und Portugal klagen über den mittlerweile entstandenen chronischen Mangel an Facharbeitern, obwohl sie über eine beträchtliche Anzahl

von Arbeitslosen verfügen. Es wandern also nicht nur arbeitslose Bauern und Landarbeiter aus, sondern auch Handwerker und qualifizierte Industriearbeiter, die aber nicht immer ihrer beruflichen Zugehörigkeit entsprechend beschäftigt werden: sie bleiben in der Regel Hilfsarbeiter (40), weil sie gerade die Lücken ausfüllen, die durch die Abneigung der einheimischen Arbeiter gegen bestimmte Arbeiten bestehen, sie übernehmen also in immer stärkerem Maße die Rolle des "Subproletariats". Das Ausbildungsspektrum für Fremdarbeiter erstreckt sich vom ungelernten zum angelernten Arbeiter, die fachliche Ausbildung erfolgt nach den Bedürfnissen des Kapitals, das sie beschäftigt, nicht aber - was gern als Positivum der Emigration hervorgehoben wird - nach den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Heimatländer.

Wenn trotzdem ausländische Arbeiter auf den Durchschnittsverdienst ihrer deutschen Kollegen kommen, so ist das überwiegend mit Überstunden (41) und Raubbau ihrer physischen Kräfte verbunden, ihre Arbeiten erfordern nicht Qualifikation sondern Ausdauer.

Vergleicht man nun Tabelle 4 und 5 so fällt die Konzentration der Ausländer in den Landesarbeitsamtbezirken Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Südbayern auf, die nahezu 80% des Ausländerkontingents umfassen (Stuttgart - 104 000; Frankfurt - 94 000; München - 118 100)

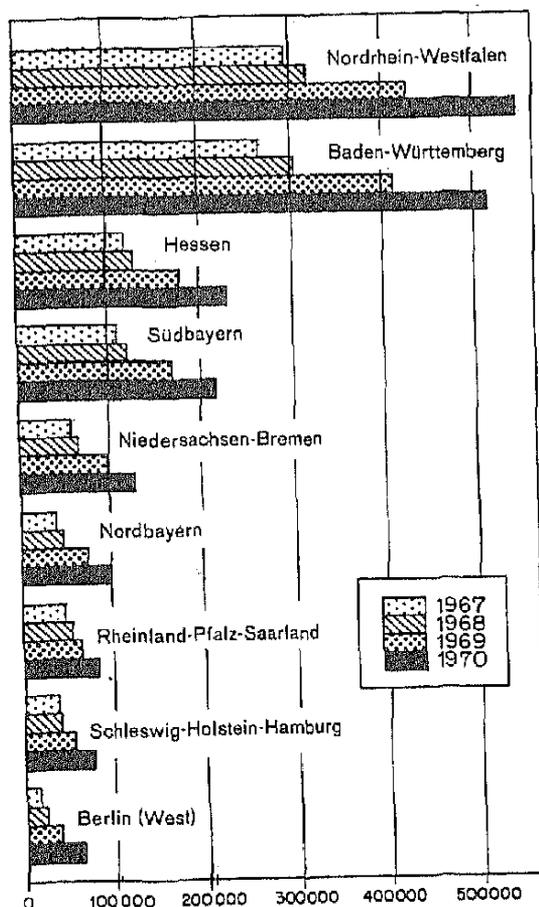
Schon seit 1954 liegt der Beschäftigungsschwerpunkt in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg, wo unverändert über die Hälfte aller Ausländer beschäftigt waren; 1970 entfielen

auf Nordrhein-Westfalen	28,2%
auf Baden-Württemberg	26,2%
auf Hessen	11,6%
auf Südbayern	11,0%

(40) "Bei AEG-Telefunkenetwa, wo mehr als jeder fünfte Arbeiter Ausländer ist gibt es nicht einen einzigen ausl. Meister und nur 'vereinzelt Vorarbeiter' (Firmensprecher Bender), bei Henkel in Düsseldorf (7 500 Arbeiter, 1 650 Ausländer) nicht mal einen Vorarbeiter. Von den 3 100 Gastarbeitern des Chemie-Giganten BASF stieg nur einer - ein Italiener - zum Vorarbeiter auf." SPIEGEL, a.a.O., 1970, S.70

(41) zu denen sie häufig gezwungen sind, um das Geld für die Riesen zusammen zusparsen, die sie an ihre Familien nach Hause schicken.

Beschäftigte
ausländische Arbeitnehmer
nach Landesarbeitsamtsbezirken
Ende September 1967 bis 1970



Quelle: Ausländische Arbeitnehmer, Bundesanstalt 1970, S.11

Genauso kontinuierlich wie die Entwicklung der regionalen Verteilung, verlief die der regionalen Beschäftigungsschwerpunkte nach Nationalitäten. Die meisten Italiener und Jugoslawen arbeiten in Baden-Württemberg, und zwar je etwa 35% (1968 waren 37,6% der italienischen und 38,9% der jugoslawischen Arbeiter in diesem Bezirk beschäftigt). In Nordrhein-Westfalen war die Streuung der Arbeitskräfte aus den anderen Anwerbeländern sehr breit, das Spektrum erstreckte sich von den Portugiesen mit 43% über die Türken mit 30%, Griechen mit 33,0%, Spanier mit 33,0% bis zu den Jugoslawen mit 20,0%.

Zum Abschluß möchte ich versuchen die oben ausgeführten Darstellungen auf die Region Stadt Allendorf zu konkretisieren. Ich bin mir bewußt, daß dies nur im allergrößten Rahmen erfolgen kann, und daher den Charakter einer Gliederung aufweist.

Zunächst müßte eine Untersuchung der Wirtschaftsstruktur (Standortverteilung, Zusammensetzung der Industrie, Entwicklung der Branchen, Einzugsbereich der Industrie etc. und der damit einhergehende Wandel in der Bevölkerungs-, Siedlungs- und Sozialstruktur) in historischer Entwicklung, gegenwärtiger Auswirkung und zukünftiger Entwicklung erfolgen, um eine adäquate Aussage über den Umfang, Verteilung, Auswirkung und Entwicklung der Ausländerwanderung machen zu können.

Die Region Allendorf-Kirchhain-Neustadt stellt das relativ junge Industriegebiet des vorwiegend landwirtschaftlich strukturierten Landkreises Marburg dar, was sich auf die Bevölkerungsentwicklung und die Struktur des gesamten Gebietes auswirkt (Einzugsbereich). Die rasche industrielle Entwicklung Allendorfs von einer "Rüstungs- zur Friedensindustrie" (Weber) verursachte eine Art Arbeitsteilung innerhalb des Gesamtgebietes. Kirchhain (Neustadt) übernahm die Funktion des tertiären Sektors, während sich Allendorf einseitig im Hinblick auf den sekundären Sektor entwickelte. "Bei Stadt Allendorf handelt es sich um eine von Vertriebenen geschaffene vom Staat geförderte, durch Zuzügler aus der BRD und durch Gastarbeiter verstärkte Industrieansiedlung auf ehemaligem Rüstungsgelände"(42)

Infolge der stark expandierenden Industrie konnte, trotz Zuwanderung von Flüchtlingen und DDR-Arbeitskräften und der Erweiterung des Einzugsbereiches, der immer stärker werdende Mangel an Arbeitskräften nicht behoben werden, so daß man - wie mir gesagt wurde - vor der Alternative stand entweder die Produktion einzuschränken oder Gastarbeiter anzuwerben. Ein weiterer Grund für die forcierte Anwerbung von Ausländern lag im Abwandern der einheimischen Arbeiter speziell aus der Eisengießerei WINTER, die den größten Industriebetrieb im Landkreis Marburg darstellt und außerdem zu den führenden Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges in der BRD zählt (Auto- und Maschinenbauindustrie sind die Hauptabnehmer).

(42) Weber, L. "Stadt Allendorf", Eine junge Industriesiedlung Marburg, 1969, S.10

Die spezifische Struktur der Industrie Stadt Allendorf spielte bei der Einsetzung von Ausländern eine entscheidend begünstigende Rolle. Spezifikum dieser Industrie ist a) breite Streuung der Betriebe und Betriebsarten mit den Hauptzweigen Eisen- und Textilindustrie, b) Klein- und Mittelbetriebe, c) Zulieferungsindustrie, d.h. auf Grund des Mangels an Rohstoffen handelt es sich um eine nur Zwischen- bzw. Vorprodukte verarbeitende Industrie, d.h. in der Mehrzahl werden und wurden ungelernete Arbeitskräfte eingestellt.

Infolge der Zunahme der offenen Stellen 1957 = 150, 1959 = 190, 1960 = 420, 1961 = 500, 1962 = 600, 1965 = 770 warb man schon früh ausländische Arbeiter an:(43)

	<u>Mai 1962</u>	<u>31.Dez.1964</u>	<u>31.Dez.1966</u>
Türken	-	485	756
Italiener	100	379	582
Griechen	60	100	175
Spanier	30	90	114
Jugoslawen	30	36	93
Portugiesen	-	-	<u>43</u>
Gesamt	220	1 090	1 763
Sonstige	<u>111</u>	<u>141</u>	<u>127</u>
Insgesamt	331	1 231	1 890

Die Ausländerquote an der Gesamteinwohnerzahl betrug 1966:

Stadt Allendorf	13,0%
Landk.Marburg	1,3%
Hessen	4,5%

Folgende Tabelle kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da mir von unterschiedlicher Stelle unterschiedliches Zahlenmaterial angeboten wurde .

(43) Quelle: Weber, L. a.a.O.

Beschäftigte ausländische Arbeitskräfte in Stadt Allendorf:

	<u>1967</u>	<u>1968</u>	<u>1969</u>	<u>1970</u>	<u>Aug.1971</u>	<u>Sep.1971</u>
Gesamt:	1 281	rd.2 000	2 500	rd.2 700	2 990	2 553
darunter						
Türken:					1 759	1 684
Italiener:					675	375
Jugoslawen:					183	172
Griechen:					108	138
Spanier:					74	88
Portugiesen:					39	54
Sonstige:					153	42

Von den rd. 2 000 Beschäftigten 1968 waren 670 Frauen und 1 330 Männer (1971 waren es 1868 Männer und 685 Frauen), 300 Frauen - Italienerinnen - waren allein bei der Firma FERRERO, dies jedoch nur 6 Monate im Jahr, da FERRERO nicht kontinuierlich arbeitet, beschäftigt.

Gegenüber dem Vorjahr wurden 861 ausländische Arbeitskräfte neu in den einzelnen Industriebranchen beschäftigt, wobei die Türken das größte Kontingent darstellten. Konstatiert man Arbeitsplatzverlegung von seiten der Ausländer, so erscheint eine Gesamtbeschäftigungszahl von 2 000 realistisch. Von 1968 auf 1969 belief sich die absolute Zunahme nochmals auf rd. 860 und 1970 auf 597 Ausländer (ohne Italiener).

Über die Verlegung der Arbeitsplätze, lag - soweit meine Informationen reichten - keine Auszählung vor, es läßt sich nur pauschal sagen, daß die Fluktuation im Verhältnis zu den deutschen Arbeitern extrem hoch liegt.

Um Stadt Allendorf als Ausländerbeschäftigungszentrale hervorzuheben, seien die beschäftigten Ausländer im Arbeitsamtbezirk Marburg angeführt (44):

<u>1967</u>	<u>1968</u>	<u>1969</u>	<u>1970</u>	<u>1971</u>	(eigene Berechnung)
1 784	2 179	3 015	3 548	3 814	

Die Türken bilden gefolgt von den Italienern und Jugoslawen bei

(44) Zusammengestellt nach "Ausl AN.", Bundesanstalt, 1971, a.a.O.S.71

weiten die größte Gruppe. Vergleicht man nun noch die Gesamtbeschäftigtenzahl der deutschen Arbeiter in Stadt Allendorf mit der der ausländischen, so erhält man eine Ausländerquote von rd. 36,0%, die an der Gesamteinwohnerzahl beträgt 19,6%; diese Zahlen sind extrem hoch verglichen mit der Ausländerquote an der Gesamtbeschäftigtenzahl der BRD, die bei gut 10% liegt.

Aufteilung der ausländischen Arbeiter (Nationalitäten) auf die einzelnen Firmen in Stadt Allendorf: In der Eisengießerei Winter, die schon seit 1963 Ausländer beschäftigt, -arbeiten über 45 % der Gesamtausländerzahl, u.z. vornehmlich Türken (von den 2500 Arbeitern sind 1007 Türken). Es werden deshalb fast ausschließlich Türken angeworben, "da sie sich am besten für die schwere und schmutzige Arbeit eignen". Hat man sich einmal in der Qualität der "türkischen Ware" verschätzt, bringt sie nicht die erhofften Leistungen, verweigert sie die Arbeitsaufnahme, so braucht man nur auf die daraus entstehenden Konsequenzen hinweisen und die Arbeitswilligkeit steigt.

Ein weiterer Grund für die bevorzugte Einstellung von Türken, geht aus einem Arbeitsversuch, den die Firma durchführte, hervor als sie jugoslawische Arbeiter, "die körperlich durchaus in der Lage waren Gießereiarbeiten zu verrichten" einstellte, "doch", so wurde berichtet "haben diese auf Grund ihrer Intelligenz eher das Bestreben ihre Arbeitskraft anderweitig mit weniger Kraftaufwand bei gleichbleibender Lohnhöhe einzusetzen". Sie haben nach relativ kurzer Arbeitszeit ihren Vertrag mit allen Konsequenzen vorzeit abgebrochen.

Der größte Teil der türkischen Arbeiteremigranten kommt aus den Bergländern Anatoliens, was sich natürlich wegen des unterschiedlichen "Zivilisationsgrades" vorteilhaft für den kapitalistischen Importeur auswirkt, denn mit der unterschiedlichen Entwicklung eines Landes variieren auch die unterschiedlichen täglichen Bedürfnisse (45)

(45) "Andererseits ist der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes ab, unter anderem auch wesentlich davon unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat," Marx, K., MEW Bd. 23, Berlin, S. 201

Beschäftigt sind die Türken fast nur als Hilfsarbeiter, sie werden in den einzelnen Abteilungen von ihren deutschen Kollegen ange-lernt. Da die Firma WINTER im Schicht- und Akkordsystem arbeitet wird durch das Anweisen der ausländischen durch deutsche Arbeiter der Xenophobie Vorschub geleistet, denn während dieser Einweisungszeit geht für den deutschen Arbeiter bares Geld verloren, da der Akkord nicht eingehalten werden kann.

Was die Krankheitsquote betrifft, so liegt diese unter der der deutschen Arbeitskräfte, was einmal auf die Altersstruktur, die bei den Fremdarbeitern im Durchschnitt 30 Jahre beträgt, und zum andern auf den von vorneherein gewährleisteten positiven Gesundheitszustand, alle Emigranten müssen sich vor der Einwanderung einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, zurückzuführen ist. Falls es dennoch zu Krankheitsfällen kommt, so werden häufig Heimweh, das in vereinzelt Fällen bis zur Arbeitsunfähigkeit führte, oder Klimawechsel und unterschiedliche Art der Verpflegung als Gründe angegeben. Dagegen liegt die Unfallquote bei den ausländischen höher als bei den einheimischen Arbeitskräften, was auf Sprachschwierigkeiten, erhöhten Arbeitseinsatz (Überstunden) und die Neuheit des Arbeitsprozesses (Maschinen) zurückzuführen ist.

Relativ früh beschäftigte auch die Kammgarnspinnerei RICHTER ausl. Arbeiter, so im Jahre 1964:

25 Spanier, 3 Griechen, 2 Italiener und 2 Türken, von denen die Türken heute das größte Kontingent darstellen.

Der hohen Unfallquote und Schürung der Xenophobie versucht man hier durch eine innerbetriebliche Schulung zu begegnen.

Die meisten Italiener stellt das ital. Werk FERRERO ein, das wie beide obigen Firmen über werkseigene Wohnungen verfügt, in denen ungefähr 300 Italienerinnen wohnen.

Eine Tendenz nur bestimmte Nationalitäten zu bevorzugen ist auch bei der Papier- und Textilverarbeitenden Industrie zu verzeichnen, die im wesentlichen griechische und spanische Arbeiter einstellt, Als Begründung wurde angegeben, daß diese Arbeitskräfte "besonders für die sogenannten feinen Tätigkeiten geeignet seien".

Weiterhin bevorzugt die Firma ERGEE (Strumpffabrik) in Neustadt türkische weibliche Arbeitskräfte, wie auch die Firma ZEPERNICK in Kirchhain seit Jahren nur griechische Ehepaare einstellt.

Bevor die ausländischen Arbeitskräfte eingestellt werden dürfen' müssen die einzelnen U_nternehmen "ausreichenden Wohnraum" bereit stellen; in Stadt Allendorf handelt es sich meist um werkseigene Wohnheime. Der Vorteil dieser Unterkünfte liegt jedoch zu einem beträchtlichen Teil auf seiten der Unternehmen selbst. Wenn nämlich die Arbeiter entgegen dem Willen des Unternehmers den Betrieb verlassen um sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen müssen sie auch sofort die Wohnheime und Werkswohnungen räumen, was zweifellos dazu beigetragen hat, daß sich Ausländer eher mit schlechten Bedingungen abfinden. Ebenso wirkt sich die Bereitstellung von Wohnheimen auf die Stabilität des Arbeitsplatzes aus, denn ein Verlassen bedeutet auf den freien Wohnungsmarkt geworfen zu werden, damit doppelte Ausbeutung.

Obwohl seit dem 1. April 1971 die "Richtlinien für die Unterkünfte ausländischer Arbeitnehmer in der BRD" gelten, werden diese nicht überall in Stadt Allendorf eingehalten, und nicht nur jene deren Wirksamkeit erst zum 1. April 1972 festgesetzt wurde.

Ich möchte hier keine Einzelbeispiele aufzählen, sondern auf das Gemeinsame hinweisen: große Teile der Wohnbauten - auch die werkseigenen - sind überbelegt und die sanitären Anlagen unzureichend.

Durch den Bau von Werkswohnungen, in denen allerdings auch deutsche Arbeiter wohnen, findet eine gewisse Segregation statt. Die Integration ausländischer Arbeitskräfte wird weitgehend karitativen Verbänden überlassen.

Somit waren die "Arbeitgeber" zwar an der Einwanderung billiger Arbeitskräfte interessiert, nicht aber an deren Daueransiedlung - eine Tendenz, die immer stärkere Formen annimmt, wenn man die Familienzusammenführung verfolgt- weil die Assimilierung eine Erhöhung der Ansprüche mit sich bringt, oder aber weil im Falle der Arbeitslosigkeit - obwohl Arbeitslosenversicherung gezahlt wird - eine finanzielle Belastung des Staates die Folge wäre. Trotz der "Lastenbeteiligung" der ausländischen Arbeiter steht fest, "daß die Bundesländer gegenwärtig, pro Jahr und pro Gastarbeiter, im Durchschnitt kaum mehr als zwischen einer und zwei Mark aufwenden". (Spiegel, a.a.O., S.71)

ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF

ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF

Zeitschrift für marxistische Pädagogik

Zu allen Fragen der politischen
Jugendarbeit, des Schulkampfes
und der Sozialarbeit.

Bisher vier Hefte erschienen.

Nr. 5/6 (Doppelheft)

ca. 180 S., DM 8,- im April

**KAMPF GEGEN DIE POLITISCHE
DISZIPLINIERUNG DER LEHRER**

Aus dem Inhalt :

Illegalisierung und Disziplinierung
oppositioneller Lehrer in der BRD/
Zur Funktion des Beamtenrechts
in der bürgerlichen Demokratie/
Dokumente/Die Rolle der GEW/Zur
Einschätzung des Bremer Modells/
Der sozialistische Lehrerkongress
in Frankfurt

LERNEN:

Geschichte
Weimarer »Republik«

subversiv

Zum ersten Gegenschulbuch in der

Reihe LERNEN:subversiv hieß es:

"..die Möglichkeit für einen revidierten

Geschichtsunterricht." SWF

"..Material gegen einen Geschichts-
unterricht der Verschleierung." WDR

2., verbesserte Auflage

ca. 300 S., Illustrationen und Land-
karten

im Ringbuch, auseinandernehmbar

DM 12,-

neutrale Schulausgabe, steifer Papp-
band DM 12,-



JAN RASPE ZUR SOZIALISATION PROLETARISCHER KINDER

Jan Raspes Arbeit ist einer der
wichtigsten neueren Beiträge zur
Sozialisationstheorie. Sie wurde
bisher unterschlagen, weil Jan
Raspe von der Bundesanwaltschaft
zum "harten Kern" der sogenannten
Baader-Meinhof-Gruppe gezählt
wird.

ca. 120 S., ca. DM 6,- im April

*für Klassen-u. Gruppenbestellungen
Rabatt, ab 10 Ex. ein Freixemplar*

**VERLAG ROTER
STERN**
6 Frankfurt.
Unterlindau 74. Tel. 0611/72 15 26

VERLAG ROTER STERN

6 FRANKFURT

UNTERLINDAU 74, Tel. 0611/72 15 26